

Jahresbericht 2024

Bund der Vertriebenen

Heimatvertriebene
und Heimatverbliebene:

GEMEINSAM

FÜR EIN FRIEDLICHES EUROPA



Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	3	5. Verständigungs- und Bildungspolitik.....	32
1. Veranstaltungen und Termine/ Schwerpunkte der Arbeit.....	5	5.1 Verständigungspolitik.....	32
1.1 Zentrale Veranstaltungen.....	5	5.2 Bildungspolitik.....	33
1.2 Verständigungs- und bildungspolitische Veranstaltungen.....	13	6. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.....	33
1.3 Weitere Termine.....	16	6.1 Allgemeines.....	33
1.4 Sitzungen der Organe.....	19	6.2 DOD – Deutscher Ostdienst.....	33
1.5 Ehrungen.....	22	6.3 Online-Präsenz und Social Media.....	35
2. Aufnahme und Integration.....	23	7. Zentrale Aufgaben.....	35
2.1 Spätaussiedler.....	23	7.1 Haushalt und Organisation.....	35
2.2 Projekte, Beratung, Haupt- und Ehrenamt.....	23	7.2 Vertriebenen- und aussiedlerspezifische Anfragen.....	35
3. Wanderausstellungen.....	27	7.3 Datenschutz.....	36
3.1 Zusammenfassung des Ausstellungsjahres.....	27	7.4 Korruptionsprävention.....	36
3.2 Stationen der Ausstellungen.....	29	8. Organe und Mitglieder des Verbandes.....	37
4. Grundsatzfragen, Jugendarbeit, Zeitzeugen.....	30	8.1 Präsidium.....	37
4.1 Grundsatzfragen.....	30	8.2 Bundesausschuss.....	37
4.2 Jugendarbeit.....	30	8.3 Bundesversammlung.....	38
4.3 Zeitzeugen.....	31	8.4 Kontaktdaten der Landesverbände.....	39
		8.5 Kontaktdaten der Landsmannschaften.....	40
		8.6 Außerordentliche Mitgliedsverbände.....	41
		9. Impressum.....	41

Heimatvertriebene
und Heimatverbliebene:

GEMEINSAM

FÜR EIN FRIEDLICHES EUROPA



Einleitung

Gegen Ende des vom Deutschen Reich ausgelösten Zweiten Weltkrieges und danach wurden rund 15 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat im damaligen Ostdeutschland und in den Siedlungsgebieten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa vertrieben. Bis heute kamen und kommen außerdem fast fünf Millionen Aussiedler und Spätaussiedler aus diesen Gebieten sowie aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland.

Der „BdV – Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.“ ist der einzige repräsentative Verband, der die fortwährend aktuellen Anliegen dieser Menschen bzw. ihrer Nachkommen unabhängig von einer Mitgliedschaft in ihrer Gesamtheit vertritt. Daher kommt dem BdV eine herausragende Bedeutung zu.

Im Jahr 2024 stand die Arbeit des BdV unter dem Leitwort „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa.“ Dieses Motto prägte nicht nur zentrale Veranstaltungen wie den Tag der Heimat oder den Jahresempfang mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, sondern auch die tägliche Arbeit in einem Jahr, das vom fortdauernden Krieg in der Ukraine, gesellschaftlichem Wandel und kulturpolitischen Herausforderungen geprägt war.

Ein besonderer Höhepunkt war die Rede des ehemaligen lettischen Staatspräsidenten, Egils Levits, beim zentralen Auftakt zum Tag der Heimat in Berlin. Levits, selbst aus einer vertriebenen Familie stammend, betonte in eindringlichen Worten die Bedeutung von Erinnerung, Verantwortung und europäischer Solidarität. Mit seiner Rede, in der er die historische Erfahrung von Flucht und Vertreibung mit der aktuellen Bedrohung durch autoritäre Regime verband, setzte er ein starkes Signal für Frieden und Freiheit sowie für die Einheit Europas.

In der politischen Arbeit lag der Fokus u.a. auf der praktischen Umsetzung der Änderungen im Bundesvertriebenengesetz (BVFG), insbesondere hinsichtlich der Aufnahmebedingungen für Spätaussiedler aus der Ukraine. Der BdV begleitete kritisch die Einführung der „Wohnsitzfortgeltungsverordnung“ und mahnte zugleich weitere Schritte zur Schließung bestehender Gerechtigkeitslücken an. Die Altersarmut von Spätaussiedlern und die hohe Ablehnungsquote im Härtefallfonds waren

ebenso Anlass für klare Forderungen an die Politik wie der Erhalt der eigenständigen Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG.

Zahlreiche Projekte zur Verständigung und Bildungsarbeit – etwa mit den deutschen Minderheiten in Lettland, Rumänien und Polen – unterstrichen die grenzüberschreitende Relevanz des Verbandes. Zeitzeugenveranstaltungen, Ausstellungen und Podiumsdiskussionen brachten die Themen von Flucht, Vertreibung und Integration auch 2024 in Schulen, Museen und öffentliche Diskurse. Besonders die Wanderausstellung „Stillgeschwiegen!“ zur Lage der Vertriebenen in der SBZ und DDR fand große Resonanz.

Zugleich wurde die Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) weiter ausgebaut und professionalisiert – analog und digital. Die enge Verzahnung haupt- und ehrenamtlicher Betreuung ermöglichte eine individuelle Begleitung Tausender Ratsuchender – oft selbst Vertriebene oder Spätaussiedler.

Mit diesem Jahresbericht legt der BdV Rechenschaft über seine Arbeit im Jahr 2024 ab – in dem Bewusstsein, dass das Erinnern an das Vergangene, die Gestaltung des Gegenwärtigen und der Einsatz für ein friedliches Miteinander in Europa untrennbar miteinander verbunden sind.

Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit des BdV blieben:

- **Brückenfunktion** der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler zu den europäischen Nachbarn – durch Verständigung, Austausch und Unterstützung der deutschen Minderheiten in den Herkunftsgebieten.
- **Kulturelles Erbe bewahren:** Sicherung, Pflege und Weiterentwicklung der Vertriebenenkultur als Teil des gesamtdeutschen Kulturerbes; Förderung der Kulturarbeit in den Gliederungen des BdV.
- **Bildung und Aufklärung:** Vermittlung historischen Wissens zu Flucht und Vertreibung zur Bewusstseinsbildung – auch als Mahnung gegen aktuelle Formen von Vertreibung und Krieg.
- **Sozialpolitische Interessenvertretung:** Einsatz für die Gleichstellung der Aussiedler und Spätaussiedler, Bekämpfung von Altersarmut, Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe.
- **Migrationsberatung** (MBE) als zentrale Integrationsleistung: Unterstützung Zugewanderter durch haupt- und ehrenamtliche Strukturen – analog und digital.

Der BdV und seine Gäste



1. Veranstaltungen und Termine/ Schwerpunkte der Arbeit

1.1 Zentrale Veranstaltungen

1.1.1 Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen in Berlin: 9. April 2024

Der Jahresempfang 2024 des Bundes der Vertriebenen (BdV) fand am 9. April in Berlin statt. Im Kalender des Bundes der Vertriebenen nimmt diese Veranstaltung bereits seit vielen Jahren einen festen Platz ein. Nicht nur als „kleine Bühne“ des Verbandes, wie Präsident Dr. Bernd Fabritius in Abgrenzung zur „großen Bühne“ des Tages der Heimat schmunzelnd anmerkte, sondern auch als wichtige Gelegenheit des Austausches von Vertretern der Vertriebenen mit Politik, Kultur, Kirchen und Wissenschaft.

Dass dem Hauptredner dabei besondere Aufmerksamkeit zukommt, ist seit den Tagen von Angela Merkel eine Selbstverständlichkeit. Sie besuchte die Veranstaltung als Oppositionsführerin und später als Bundeskanzlerin insgesamt 15 Mal. Im vergangenen Jahr folgte Bundeskanzler Olaf Scholz dem Beispiel seiner Vorgängerin, in diesem Jahr war es der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Vorsitzende der CDU Deutschlands, Friedrich Merz, der den Vertriebenen seine Aufwartung machte.

Der CDU-Chef nutzte die Gelegenheit, an Leiden und Verluste der Vertriebenen, aber auch an den Mut der Aussiedler und Spätaussiedler zum Neubeginn zu erinnern. Zugleich dankte er für die Aufbauleistung der Heimatvertriebenen: „Wir blicken in großer Dankbarkeit zurück auf die Aufbauleistungen, die Sie in Deutschland erbracht haben, geprägt von Ihrem festen Willen zur Versöhnung und zum friedlichen Miteinander.“

Kein Thema für die Geschichtsbücher

Merz erinnerte an die Charta der deutschen Heimatvertriebenen und betonte in besonderer Weise ihre Aktualität. Deutlich hob er dabei Auswirkungen des russischen Überfalls auf die Ukraine für die deutsche Minderheit sowohl in der Ukraine wie auch in Russland hervor. Hier sei durch die Vertriebenenverbände und die Minderheitenorganisationen in Polen, in Rumänien, in der Slowakei und in Ungarn in beispielhaft schneller Weise Hilfe organisiert worden. Er erinnerte aber auch an die etwa 100.000 Israelis, die aufgrund der Bedrohung durch Hamas und Hisbollah im Norden des Landes evakuiert worden seien und „innerhalb kürzester Zeit ihr Zuhause, ihre Gemeinschaften und ihre Lebensgrundlage“ verloren hätten. Auch im Gazastreifen machten viele Menschen die Erfahrung von Flucht und Vertreibung, wenn auch aus anderen Gründen. Diese Beispiele aus unserer Zeit erinnerten uns schmerzlich daran: „Flucht und Vertreibung sind – auch in Europa und in



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius begrüßt den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz MdB beim Jahresempfang.

© bundesfoto/BdV

der europäischen Nachbarschaft – kein Thema für Geschichtsbücher.“

Ein weiteres Themenfeld widmete der CDU-Vorsitzende dem Bund der Vertriebenen. Merz dankte für die Versöhnungsarbeit, denn, „ohne Ihr Bemühen um Verständigung und Ausgleich, und ohne Ihnen – ja, ich möchte es wirklich so ausdrücken – Großmut anzuerkennen, dass die alte Heimat mittlerweile auch Heimat für andere Menschen geworden ist, ohne diese Arbeit wäre die Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn nicht möglich gewesen.“ Und er fügte ein bewegendes persönliches Erlebnis an: „Als ich 1974 das erste Mal mit meinen Eltern in der alten Heimat meines Vaters war, in der Nähe von Breslau, war ein Schulfreund meines Vaters dabei, der auf einem kleinen Bauernhof in der Nähe von Breslau großgeworden ist. Er hatte mit der Familie, die dort in der Zwischenzeit wohnte, vorher Kontakt aufgenommen. Wir haben diese Familie besucht, mit einem Dolmetscher, weil sie Polnisch sprach. Und in dem Augenblick, wo der alte Schlüssel, den der Freund meines Vaters dabei hatte, noch in das Schloss des Hauses passte, und die Tür sich öffnen ließ mit diesem alten Schlüssel, war das Eis gebrochen mit der polnischen Familie, und es gab einen ausgesprochen angenehmen, auch getränkereichen Abend in diesem alten Haus der Familie.“

Tore nach Deutschland müssen offenbleiben

Unter großem Beifall äußerte Friedrich Merz sich zu besonderen Anliegen der Spätaussiedler und forderte von der Bundesregierung, die Gesetzesänderung zur Aufnahmepraxis von Spätaussiedlern aus dem November 2023 endlich in eine Rechtsverordnung umzusetzen.



Zahlreiche Ehrengäste aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft nutzen den Jahresempfang regelmäßig, um sich auszutauschen. Die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dorothee Bär (M. linkes Bild) und Andrea Lindholz (2.v.r. rechtes Bild) sind immer wieder gern gesehene Gäste des Jahresempfangs.



© bundesfoto/BdV

Ausdrücklich betonte er, dass die Tore nach Deutschland für unsere Landsleute offenbleiben müssen. „Wir haben im November des letzten Jahres einen Kongress der Bundestagsfraktion dazu gemacht, das Motto lautete ‚Bleibt das Tor offen‘ – Fragezeichen. Ich habe gesagt ‚das Tor bleibt offen‘ – Ausrufezeichen! Und das möchte ich hier noch einmal wiederholen. Wir stehen dafür ein, auch weiterhin Spätaussiedler aufzunehmen.“ Auch die Härtefallregelung im Rentenbereich sprach Merz an und gestand ein, dass eine rentenrechtliche Gleichstellung ausstehe und versprach, das als Ansporn für die Zukunft zu verstehen: „Meine Fraktion und ich werden uns weiterhin dafür einsetzen, die Benachteiligungen der Aussiedler und Spätaussiedler bei den Renten zu beseitigen.“

Erinnerung nicht einfach „wegstreichen“

Er kritisierte, dass unter Staatsministerin Claudia Roth aus dem Namen des Oldenburger „Bundesinstituts für Geschichte und Kultur der Deutschen im östlichen Europa“ das Wort „der Deutschen“ gestrichen wurde. Dies sei ein deutliches Zeichen für die Missachtung der deutschen Geschichte und Kultur, das der Erinnerung und der Würdigung von Kultur und Geschichte der Deutschen im Osten Europas deutlich entgegenstehe. Diese Erinnerung dürfe nicht einfach weggestrichen werden. Positiv bewerte Merz die Veränderungen im Verhältnis zu den östlichen Nachbarn. Mit Donald Tusk hätten die Polen einen Ministerpräsidenten gewählt, der die Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen erkannt habe. Der deutsch-polnische Freundschaftsvertrag müsse auf beiden Seiten der Grenze mit Leben erfüllt werden. Dazu gehöre auch, dass die Kürzungen beim muttersprachlichen Deutschunterricht für Angehörige der deutschen Minderheit zurückgenommen würden.

Die Jahresempfänge des BdV seien – so hatte Merz seine Ansprache begonnen – „geprägt von Verständigung, Erinne-

rung, Wertschätzung und der Hoffnung auf eine gemeinsame europäische Zukunft in Freiheit und Frieden“. Er verband dies am Schluss seiner mit großem Beifall aufgenommenen Worte mit einem herzlichen Wort des Dankes für „ein Engagement, das im Zeichen der Völkerverständigung, der Freiheit, des Friedens steht und der Sicherheit, auf diesem Teil des Kontinents Europa, in dem wir das unglaubliche Glück haben, heute zu leben.“

Verlässliche Arbeit von Vertriebenen und Spätaussiedlern

In seinen Begrüßungsworten hatte BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius die Gelegenheit genutzt, Friedrich Merz, der im Kreise zahlreicher Abgeordneten des Deutschen Bundestages zum Jahresempfang gekommen war, die Arbeit und das Selbstverständnis des BdV vorzustellen.

Mit dem Statement „Es ist unser Verband!“ leitete Fabritius den Blick auf die verlässliche Arbeit, die Vertriebene und Spätaussiedler seit Jahrzehnten ehrenamtlich erbringen. Er betonte, dass der BdV über diese Arbeit hinaus sinnbildlich für einige Mosaiksteine gesamtdeutscher Geschichte gehöre. „Wir stehen für die deutschen Landsleute, die Flucht und Vertreibung erleiden mussten“, so Fabritius. „Wir tragen ihr Erbe weiter und kämpfen dafür, dass auch Kultur und Geschichte der Heimatvertriebenen den ihr zustehenden Platz im heutigen Deutschland einnehmen dürfen.“ Er mahnte ein „verantwortungsbewusstes Erinnern und Anerkennen von Flucht und Vertreibung als bittere Zeit mit bitteren Folgen“ an. Dies dürfe nicht „stillschweigend dem Zeitgeist selektiver historischer Wahrnehmung geopfert werden“.

Man stehe für die versöhnliche, ausgestreckte Hand in Richtung der damaligen Vertreiberstaaten, mit denen man heute in „besten Nachbarschaft unter dem europäischen Dach als Freunde vereint“ sei und mit deren Menschen man seit Jahrzehnten „haltbare Fäden der Freundschaft und der Verständigung“ knüpfen könne.



© BdV/bundesfoto

„Die Jahresempfänge des BdV sind geprägt von Verständigung, Erinnerung, Wertschätzung und der Hoffnung auf eine gemeinsame europäische Zukunft in Freiheit und Frieden“. So hatte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der CDU Deutschlands, Friedrich Merz, seine Ansprache vor rund 300 Gästen eröffnet.

digung“ geknüpft habe. Fabritius verband den Gedanken der Völkerverständigung mit ein paar Überlegungen zum Thema Heimat. Diese sei etwas ganz Besonderes, sie sei nicht ausgrenzend, sie sei schützenswert. Der Appell schloss den Kreis: „Deswegen rufen wir als BdV dazu auf, Vertreibungen weltweit zu ächten – und möglichst strafbewehrt zu verbieten.“

Verschlechterte kulturpolitische Rahmenbedingungen

Die Beschäftigung mit der Kulturarbeit der Vertriebenenverbände nahm einen breiten Raum ein. Fabritius zeigte sich äußerst besorgt über die derzeitigen kulturpolitischen Rahmenbedingungen, die sowohl die kulturelle Basisarbeit erschwerten und auf ein Minimum reduzierten als auch die bundesweiten, großen Initiativen ausbremsten. „Das kulturelle Erbe der deutschen Vertriebenen und den Heimatverbliebenen, von denen ich spreche, ist Teil des gesamtdeutschen Kulturguts“, stellte er unmissverständlich klar. Es müsse „Schluss sein mit einer Politik der Kulturförderung, die unsensibel, unhistorisch und oft ideologisch agiert“. Er erwarte „eine Zusage nachhaltiger Unterstützung auch der Kulturarbeit auf sämtlichen Ebenen“.

Am Beispiel der Kulturstiftung der Vertriebenen zeigte er auf, wie drastisch sich schlechte Förderpolitik auswirken kann. Eine Einstellung der Förderung zum Ende des laufenden Jahres ordnete Fabritius ein als „Schlag ins Gesicht der kulturellen und wissenschaftlichen Eigeninitiativen, die von uns selbst und im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben geleistet werden“. Es sei eine existenzielle Frage, da die Schließung der Stiftung drohe. Fabritius appellierte an die Unionsfraktion, „sich mit dem ganzen Gewicht Ihrer Fraktion gegen die Einstellung dieser Förderung durch den Bund“ zu stellen. Ebenfalls deutliche Kritik äußerte er zum Entwurf des neuen „Rahmenkonzeptes Erinnerungskultur“ der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Man müsse „dafür kämpfen, dass unsere Geschichte, unsere kollektive Biografie,

und unser kollektives Vermächtnis seinen Platz in unserer und in der europäischen Erinnerungskultur behält und nicht in eine neuzeitliche und ideologisch bereinigte, ‚von Mobilität und Migration geprägte Einwanderungsgesellschaft‘ assimiliert“ werde. Da gehörten Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg samt aller Begleitaspekte nicht hinein.

Deutschland laufe grundsätzlich Gefahr, „seine Geschichte höchst schlagseitig zu definieren“ und entblättere sich „dabei jeder Glaubwürdigkeit“. Auch in diesem Jahr nahm Fabritius sich die Zeit, aus den Reihen der Gäste zahlreiche Persönlichkeiten namentlich zu begrüßen. „Unser Jahresempfang dient ganz zuerst der Begegnung und dem Austausch“, stellte er gleich zu Beginn fest – sodass die Begrüßung vielen Teilnehmern auch dafür diene, bekannte Namen den zugehörigen Gesichtern zuzuordnen.

Zahlreiche hochrangige Gäste

Bei der starken Delegation der CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten, darunter die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dorothee Bär (CSU) und Andrea Lindholz (CDU) sowie der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten Christoph de Vries, die Fabritius alle namentlich begrüßte, ergänzte er unter Applaus, dass Heimatvertriebene für die Union „schon nach ihrem Grundsatzprogramm ein selbstverständlicher Teil der deutschen Geschichte und Gegenwart und unserer politischen Landschaft“ seien. Ausdrücklich dankte er den Abgeordneten für die beständige Verbundenheit zum BdV und seinen Gliederungen sowie den Heimatverbliebenen in den östlichen Nachbarländern. Fabritius sprach auch von der hohen „Sensibilität in Bezug auf die massiven Probleme unserer russlanddeutschen Landsleute aus allen Staaten der ehemaligen Sowjetunion“, die sich bei der Union immer wieder zeige. „Gleiches gilt für alle unterstützten Maßnahmen zur Bekämpfung der personenkreis-

spezifischen Altersarmut der Aussiedler und Spätaussiedler, die durch rechtliche Benachteiligungen in der Vergangenheit entstanden sind“, so Fabritius weiter. Der BdV setze sich nach wie vor dafür ein, „diese zutiefst ungerechten Benachteiligungen von Aussiedlern und Spätaussiedlern im Rentenrecht durch lange überfällige Anpassungen des Fremdrentengesetzes zu beseitigen und damit Altersarmut zu verhindern“.

Die Abgeordneten der SPD und der FDP aus Bundestag und Landesparlamenten begrüßte Fabritius ebenfalls namentlich. Er bedauerte, keine Vertreter der Bündnisgrünen unter den Teilnehmern zu sehen. Man suche als Verband „stets den Dialog mit allen demokratischen Parteien“, da man den überparteilichen Auftrag ernst nehme. Fabritius stellte jedoch klar, dass die Parteien des linken und des rechten Randes „zumindest in ihrer jetzigen Ausprägung für uns nicht dialogfähig“ seien, da man keine inhaltlichen Schnittmengen erkennen könne.

Die Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler begrüßte Fabritius mit großer Freude. Der BdV bemüht sich seit vielen Jahren darauf hinzuwirken, dass dieses Amt in allen 16 Bundesländern geschaffen werde. Namentlich erwähnte er die anwesenden Beauftragten Andreas Hofmeister MdL (Hessen), Heiko Hendriks (Nordrhein-Westfalen) sowie Walter Gauks (Berlin).

Aus den Reihen des Diplomatischen Corps waren Botschafter und Diplomaten ebenfalls in großer Zahl anwesend, so der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Dr. Nikola

Eterović, sowie die Botschafter unserer östlichen „Nachbarländer“ Rumänien, Ungarn und der Slowakei.

Neben den Vertretern der Kirchen und Glaubensgemeinschaften, der Nichtregierungsorganisationen und Verbände, der Stiftungen und Museen, Gesellschaften und Opferverbänden begrüßte Fabritius die beiden Vorsitzenden der BdV-nahen Stiftungen ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, Dr. Christean Wagner, sowie der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen für Wissenschaft und Forschung, Dr. Ernst Gierlich.

Umfassend stellte Fabritius vor allem die Vertreter der Mitgliedsverbände – Landsmannschaften und BdV-Landesverbände – in begrüßender Form vor, um anschließend die Vertreter und Vertreterinnen der deutschen Minderheiten und Volksgruppen aus den Heimatgebieten zu würdigen; darunter den Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in der FUEN, Bernard Gaida, sowie den Vorsitzenden des Rates der Deutschen in der Ukraine, Wolodymyr Leysle, und die Vorsitzende der Deutschen Jugend in der Ukraine, Diana Liebert. Letzteren versicherte er angesichts des weiter tobenden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine die uneingeschränkte Solidarität des BdV.

Wie immer bot der Jahresempfang die willkommene Gelegenheit zum zwanglosen Meinungsaustausch zwischen Politik, Diplomatie, Kirchen, Wissenschaft, Kultur und Verbänden. Und wie schon so häufig bot die Katholische Akademie auch in diesem Jahr den angemessenen Rahmen, um Kontakte zu knüpfen oder zu erneuern.

1.1.2 Zentraler Auftakt zum Tag der Heimat in Berlin am 24. August 2024

In einer Welt voller Konflikte und einem Europa, in dem wieder Krieg herrscht, hat der Bund der Vertriebenen mit seinem diesjährigen Leitwort zum Tag der Heimat „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“ dazu aufgerufen, sich den Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler sowie der deutschen Minderheiten in den Heimatgebieten für den Frieden in Europa als Erbe und Auftrag bewusster zu machen.

Redner waren in diesem Jahr neben BdV-Präsident Fabritius die Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern und für Heimat, Juliane Seifert, der ehemalige Präsident der Republik Lettland und Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Egils Levits, sowie die Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesregierung und der Europäischen Union, Prälatur Dr. Anne Gidion.

Ganz im Sinne dieses Leitwortes konnte BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius zur Auftaktveranstaltung am 24. August 2024 in Berlin zahlreiche Gäste aus der deutschen Politik, aus dem Diplomatischen Corps, von den deutschen Minderheiten sowie viele engagierte ehrenamtliche Mitstreiter aus den vielfältigen Mitgliedsorganisationen und Partnerverbänden des Verbandes

begrüßen. Besonders hieß er eine Delegation der deutschen Minderheit aus Lettland willkommen, die im Programm gemeinsam mit den Anwesenden zwei deutsche Volkslieder sangen.

Staatssekretärin Seifert eröffnete den Reigen der Redner in der Französischen Friedrichstadtkirche. Sie war in Vertretung von Ministerin Nancy Faeser gekommen, die nach dem schrecklichen Anschlag in Solingen nach Nordrhein-Westfalen geeilt war, um sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen. Als Seifert ans Rednerpult trat, um die Ministerin zu entschuldigen, spürte man deutlich auch bei ihr Trauer und Entsetzen über die Ereignisse. Nancy Faeser, so betonte Seifert, habe BdV-Präsident Fabritius persönlich in einem persönlichen Telefonat über die notwendig gewordene Vertretung informiert.

„Belastbares Fundament eines geeinten Europa“

Die Staatssekretärin erinnerte an die Charta der deutschen Heimatvertriebenen, „denn aus ihr spricht die Einsicht, dass eine friedliche Zukunft nur auf Basis von Versöhnung, Aussöhnung und Verständigung zu schaffen ist und eben nicht durch Rache und Vergeltung“. Vor diesem Hintergrund sei der Beitrag der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler für

das Zusammenwachsen Europas besonders zu würdigen. Seifert erinnerte an die Worte des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt, der schon 1943 gesagt habe, dass der Tag kommen werde, da ein Europa Wirklichkeit werde, in dem die Europäer friedlich leben können. Auch für Brandt sei Europa vor allem ein Friedensprojekt gewesen. Die heutige Europäische Union sei ein wichtiger Garant für viele weitere Errungenschaften wie Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand und Sicherheit für weit mehr als 400 Millionen Menschen. „Den kulturellen Grundstein dafür“, so die Staatssekretärin, „haben nicht zuletzt die Heimatvertriebenen gelegt“. Die Brücken, die die Vertriebenen geschlagen hätten, seien im Verlauf der letzten Jahrzehnte zu einem belastbaren Fundament eines geeinten Europa geworden. „Das ist eine Leistung, auf die Sie zu Recht stolz sein können“, lobte Seifert.

Fortbestehende Verantwortung der Bundesregierung für deutsche Minderheiten

Als Vertreterin der Bundesregierung bekannte sich die Staatssekretärin ausdrücklich zur Verantwortung, die der Bund in den 1990er Jahren auch für die deutschen Minderheiten übernommen hätte. Minderheitenpolitik müsse aus Sicht des Innenministeriums zweierlei leisten: Minderheiten in ihrer kulturellen Identität zu fördern und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Vielfalt zu schaffen. Die Bundesregierung fördere die Minderheiten daher trotz der Sparzwänge „vollumfänglich, um beispielsweise in Polen dafür Sorge zu tragen, dass die außerschulische Sprachförderung der dortigen Deutschen verstärkt und intensiviert werden kann oder um in Rumänien sicherzustellen, dass in Siebenbürgen und im Banat Alten- und Pflegeheime weiter betrieben werden können“.

Mit besonderer Aufmerksamkeit bedachte die Staatssekretärin die Situation der Deutschen in der Ukraine, auch im Bereich der Aussiedleraufnahme. Das bisherige Bundesvertriebenengesetz sah vor, dass jeder, der seinen Wohnsitz im Aussiedlungsgebiet aufgibt, unweigerlich sein potenzielles Aufnahmerecht als Spätaussiedler einbüßt. Darunter fielen bisher auch deutsche Flüchtlinge vor dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Viele hätten dies als ungerecht empfunden – auch Ministerin Faeser. Hier sei nunmehr auf dem Wege einer Verordnung eine entsprechende Änderung erreicht worden, die rückwirkend ab Kriegsbeginn gelten solle. Flüchtlinge aus der Ukraine behalten nun ihre potenziellen Ansprüche auf Aufnahme als Spätaussiedler.

Abschließend betonte Seifert nochmals den Bezug zum Leitwort: „Als Heimatvertriebene und Heimatverbliebene. Als Wegbereiter und Brückenbauer. Ohne ihren Beitrag wäre das Europa, das wir heute kennen, nicht möglich. Ein Europa, das unsere gemeinsame Heimat ist. Lassen Sie es uns gemeinsam bewahren.“

Dialog und Partnerschaft zwischen den Ländern

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius nahm unter dem Eindruck des Leitworts die enge Verbindung zwischen den Heimatver-



© Bundesfoto/BdV

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius bei seiner umfassenden politischen Bestandsaufnahme zum Tag der Heimat.

triebenen und den in ihren Heimatländern verbliebenen deutschen Minderheiten in den Fokus. Das heutige Wirken der deutschen Minderheiten in ihren Heimatländern „erinnert uns immer wieder daran, dass die Geschichte nur dann vollständig erzählt ist, wenn Heimatvertriebene und Heimatverbliebene zusammen gedacht werden“, so Fabritius wörtlich. Dialog und die Partnerschaft zwischen beiden müssten weiter gestärkt und grenzüberschreitende Kooperationen als Beispiel und Muster für ein gedeihliches Zusammenleben unter dem europäischen Dach unterstützt werden. Dazu gehöre auch der Einsatz der Bundesregierung für die Rechte der deutschen Minderheiten. So fördere man auch den Frieden in Europa.

Für ein gemeinsames Europa und die Bewahrung deutscher Kultur

Kulturarbeit und Erinnerungskultur, so machte der BdV-Präsident im Weiteren deutlich, seien untrennbar mit dem verständigungspolitischen Engagement verbunden, zumal „die Gesamtheit der Kultur der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler ihre Wurzeln ausnahmslos in Regionen und Landstrichen hat, die nicht auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland liegen“. Dieses Kulturerbe „dem Vergessen preiszugeben oder aus Unverständnis wegzusparen, ist für uns keine Alternative!“, so Fabritius.

Herkunft und kulturelle Verortung seien die Wurzeln der heutigen Arbeit, mit der der BdV und die Landsmannschaften „die Hand in jene Nachbarländer reichen, die historisch betrachtet einmal ‚Vertreiberstaaten‘ gewesen sind“. In diesen Kontext



© Bundesfoto/BdV

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius (l.) macht deutlich, dass Kulturarbeit und Erinnerungskultur untrennbar mit dem verständigungspolitischen Engagement verbunden seien. Staatssekretärin Juliane Seifert lobte die Ostdeutschen: „Als Heimatvertriebene und Heimatverlebene. Als Wegbereiter und Brückenbauer. Ohne ihren Beitrag wäre das Europa, das wir heute kennen, nicht möglich. Ein Europa, das unsere gemeinsame Heimat ist. Lassen Sie es uns gemeinsam bewahren.“

stellte der BdV-Präsident auch die Arbeit der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen und warnte vor der drohenden Einstellung der Förderung. § 96 des Bundesvertriebenengesetzes sei ein klarer Auftrag an die Politik, ihre Verpflichtung ernst zu nehmen und die Kulturarbeit nachhaltig zu unterstützen. „Die Vertriebenen mit ihren Verbänden und Institutionen selbst wollen sowohl Adressaten als auch Akteure einer erfolgreichen Kulturpolitik sein“, betonte Fabritius.

In diesem Zusammenhang sei es außerdem wichtig, Identität und Selbstverständnis der aus der Heimat Vertriebenen zu achten und das Gedenken an die Vertreibung der Deutschen nicht in falsche historische und soziologische Kontexte zu rücken. Hier zog Fabritius eine Parallele zur heutigen Integration von Zuwanderern in Deutschland und betonte: „Nur wenn wir erklären können, was uns ausmacht, können wir (...) zeigen, wie man hier ankommen und Heimat finden kann.“ Zum Ende der Ansprache widmete sich der BdV-Präsident den Themen rund um die Spätaussiedler und der kürzlich verabschiedeten Novelle des Bundesvertriebenengesetzes, sprach seinen Dank an alle Unterstützer aus und bekräftigte: „Wir bleiben dran!“ Aufgaben, um die es sich zu kümmern gelte, gebe es weiterhin zuhauf.

Ehemaliger lettischer Präsident Levits mit beachtenswerter Rede zur Lage der Demokratie

Ein besonderer Höhepunkt der Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat 2024 war die Rede des ehemaligen lettischen Staatspräsidenten Egils Levits. Schnell zeigte sich, dass mit ihm ein überzeugter Europäer ans Pult trat, dessen jüdische Familie einst aus der Sowjetunion ausgewiesen worden war und der daraufhin bis zum Fall des Eisernen Vorhanges in Deutschland studiert und gearbeitet hatte. In dieser Zeit war er auch Mitarbeiter des „Göttinger Arbeitskreises“, der seit 1946 bestehenden Arbeitsgemeinschaft von Wissenschaftlern

mit ostdeutscher Biografie bzw. einem besonderen Forschungsschwerpunkt im historischen Ostdeutschland. In der jungen lettischen Republik wurde Levits Botschafter in Deutschland und der Schweiz, später Justizminister und wirkte dann an den höchsten Europäischen Gerichten. Von 2019 bis 2023 war er Präsident der baltischen Republik Lettland.

In seiner Rede ging Levits aus einer lettischen, aber dezidiert proeuropäischen Perspektive auf die Lage der Demokratie in Europa sowie auf die Rolle der Vertriebenen und der deutschen Minderheiten ein. So betonte er, dass die Vertriebenen durch ihre Schicksalserfahrung „besonders sensibilisiert für die schrecklichen Folgen von Krieg und Vertreibung“ worden seien und daher eine besondere Verpflichtung zur Stärkung Europas verspürten. Der Wunsch, Flucht und Vertreibung zu ächten und zu verhindern, treffe aber auf eine Realität von Millionen Flüchtlingen weltweit und seit Kurzem auch auf einen neuen Krieg in Europa. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine – als Angriffskrieg „eines der schwersten Verbrechen des Völkerrechts überhaupt“ – sei aber auch Ausdruck eines schwerwiegenden „Systemkonflikts zwischen Autokratie und Demokratie“ und habe wiederum seine Ursache in einer internationalen Krise der Demokratie.

Mehr Unterstützung für die Ukraine – mehr Zusammenarbeit in Europa

Um „die weltweit einzigartige Anziehungskraft der Idee der Demokratie und des Rechtsstaats“ zu erhalten, sei eine fortgesetzte Unterstützung der Ukraine nötig, so Levits. Ein Rückzug würde zu einer „Belohnung für das Verbrechen des Aggressionskrieges“ sowie zu weiteren Auseinandersetzungen führen und ein Abgleiten in frühere Zustände begünstigen, als Kriege noch als legitimes Mittel der Politik galten – „und das würde die Welt zu einem viel, viel gefährlicheren Ort



© Bundesfoto/BdV

Ein besonderer Höhepunkt der Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat 2024 war die Rede des ehemaligen lettischen Staatspräsidenten Egils Levits (r.). Um „die weltweit einzigartige Anziehungskraft der Idee der Demokratie und des Rechtsstaats“ zu erhalten, so Levits, sei eine fortgesetzte Unterstützung der Ukraine nötig. Ein Rückzug würde zu einer „Belohnung für das Verbrechen des Aggressionskrieges“ sowie zu weiteren Auseinandersetzungen führen und ein Abgleiten in frühere Zustände begünstigen, als Kriege noch als legitimes Mittel der Politik galten“.

machen“. Als Ausweg aus dieser Gefahr verlangte der ehemalige lettische Präsident ein Mehr an Zusammenarbeit, zwischen den NATO-Staaten ebenso wie zwischen den Ländern der Europäischen Union. Lettland stehe als eine der „am meisten proeuropäischen Nationen Europas“ für eine engere organisatorische Zusammenarbeit in der EU zur Verfügung, insbesondere in den Bereichen Verteidigung, Technologie oder Gesundheit. Auch eine „Union unterschiedlicher Geschwindigkeiten“ sei denkbar. Was jedoch beseitigt werden müsse, sei die Möglichkeit der Blockade europäischer Entscheidungen durch einzelne Mitglieder „aus egoistischen Gründen“.

Abschließend ging Egils Levits nochmals auf die deutschen Heimatvertriebenen und die deutsche Minderheit in Lettland ein. Die Vertriebenen seien „zu einer sehr festen Brücke zwischen den Nationen geworden“, und die gemeinsame Pflege des gemeinsamen kulturellen Erbes – des geretteten wie desjenigen in den Heimatgebieten – trage maßgeblich mit zur Völkerverständigung bei. Ein anderer Pfeiler dieser Brücke sei auch die deutsche Minderheit in Lettland, in der sich heute Baltendeutsche, Russlanddeutsche und deutsche Auswanderer engagierten. Deren Identität sei wiederum „ein dreifaches Bekenntnis zu ihrem eigenen heterogenen wie kulturellen Erbe, zur lettischen Nation und zu Europa“.

„Heimat – ein warmes Wort“

Prälatin Dr. Anne Gidion begann ihr empathisches Gedenkwort mit dem Begriff „Heimat“, den sie für alle Anwesenden nachempfindbar und greifbar definierte: „Heimat – es ist ein warmes Wort. Ein geräumiges Wort. Ein Wort für zu Hause. Für vertraute Räume und Zeiten und für Menschen. Wo Du bist, da ist Heimat für mich – manche Paare sprechen sich das zu bei der Trauung. Heimat ist, wo jemand herkommt. Wo jemand hingehört, bleibt, zurückkehrt. Was einen Menschen definiert, was seine Grenzen markiert, seine Kriterien. Heimat

kann Zimtgeruch sein, Wind im Gesicht, Zitronencremeschmack.“

Sie nahm die Anwesenden mit auf eine gedankliche Reise von der Ankunft der deutschen Heimatvertriebenen im zerstörten Deutschland, mit allen Widrigkeiten und Herausforderungen, bis hin zu Geschichten von Flucht und Vertreibung, die schon in Vielzahl in der Bibel zu finden seien. Jeder Vertriebene – über alle Epochen bis heute – habe das Leid von Flucht und Vertreibung individuell erfahren, eines verbinde aber alle: „ein Gott, der mitgeht – auch wenn das Vaterland kein Zuhause mehr sein kann und nur die Muttersprache mitgeht“, so die Prälatin.

Das erlebte Leid und die Anerkennung könne aber auch für das Leid anderer sensibilisieren. Gerade in den heutigen Zeiten, wo so viele Menschen wie nie zuvor auf der Flucht seien, benötige es diese Empathie.

Europa als „privilegierter Ort“

Bezugnehmend auf das Leitwort des Tags der Heimat sprach die Prälatin von Europa als einem „privilegierten Ort“, den es aber brauche, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, die nur zusammen und gemeinsam gelöst werden könnten und nicht im nationalstaatlichen Klein-Klein. „Selig sind, die Frieden stiften, denn ihrer ist das Himmelreich“ (Mt. 5,9), zitierte Gidion aus der Bibel. Was den Vorfahren passiert sei, das präge uns und gebe uns gleichzeitig zur Aufgabe, uns immerfort einzusetzen für Frieden, Gerechtigkeit, Zusammenhalt und gegen Gewalt.

Die Prälatin schloss mit dem traditionellen Gebet zum Totengedenken am Tag der Heimat, das die Potsdamer Turmbläser mit dem anschließenden Choral „Verleih uns Frieden gnädiglich“ von Felix Mendelssohn Bartholdy würdevoll einrahmten.

1.1.3 Kranzniederlegung an der Ewigen Flamme in Berlin: 24. August 2024

Am 24. August 2024 fand im Anschluss an den Festakt zum Tag der Heimat die traditionelle, feierliche Kranzniederlegung auf dem Theodor-Heuss-Platz statt. Die höchsten Staatsämter, die Bundesländer, Ministerien und Mitgliedsorganisationen des Bundes der Vertriebenen Kränze niederlegen. „Wir wollen“, so BdV-Präsident Fabritius in seiner kurzen Ansprache, „gemeinsam in Demut und stiller Andacht der bis zu 15 Millionen Landsleute gedenken, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer Heimat flüchten mussten oder aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Das Schicksal dieser Menschen ist tief in das kollektive Gedächtnis unseres Landes eingegraben. Es erinnert uns an eine Zeit des unermesslichen Leids, aber auch an die Kraft und den Überlebenswillen, die viele auf der Flucht, während der Vertreibung und auch danach aufbringen mussten.“

Der Berliner Staatssekretär bei der Senatorin für Jugend und Familie, Falko Liecke, erinnerte für das Land an das Leid der Heimatvertriebenen und mahnte angesichts von 100 Millionen Flüchtlingen weltweit, dass Flucht und Vertreibung Bedrängnisse von ungebrochener Aktualität seien.

Der Landesvorsitzende des BdV Berlin, Staatssekretär a.D. Rüdiger Jakesch, wies in seinen Begrüßungsworten auf die aktuellen Entwicklungen hin. Er erinnerte an die Flüchtlinge aus der Ukraine: „Umso schmerzhafter ist es, heute feststellen zu müssen, dass mitten in Europa seit über zwei Jahren Krieg herrscht. Schätzungsweise mussten über 10 Millionen Menschen aufgrund der Angriffe des russischen Militärs fliehen und sind aus ihren Heimatorten vertrieben. Ein Ende des Krieges ist leider nicht in Sicht.“



Kranzniederlegung am Mahnmal „Ewige Flamme“ am Theodor-Heuss-Platz. Die höchsten Staatsämter, die Bundesländer, Ministerien und Mitgliedsorganisationen des BdV lassen dort alljährlich Kränze niederlegen.

© Bundesfoto/BdV

1.2 Verständigungs- und bildungspolitische Veranstaltungen

1.2.1 Führungen durch die Ausstellung „Stillgeschwiegen! – März und April 2024

Im Rahmen der Ausstellungspräsentation von „Stillgeschwiegen! – Die Vertriebenen in der SBZ und DDR“ in Berlin hat eine Reihe von Führungen stattgefunden. An insgesamt sieben Terminen (16. März; 6. April; 10. April; 13. April; 15. April; 18. April und 20. April) hatten Besucher die Möglichkeit, sich über das Thema Vertriebene in der SBZ und DDR zu informieren, vom eigenen Schicksal zu berichten und mit anderen Teilnehmern ins Gespräch zu kommen. Wilfried Rogasch, Kurator aller von der Stiftung **ZENTRUM GEGEN**

VERTREIBUNGEN konzipierten Ausstellungen, führte die Besucher durch die Ausstellung. In komprimierter Form gab er die wichtigsten thematischen Schwerpunkte der Ausstellung wieder und ging auf alle Rückfragen und Anmerkungen der Teilnehmer ein.

An den stattgefundenen Führungen nahmen hauptsächlich erwachsene Besucher teil, die die Möglichkeit nutzen, um über das weitgehend unbekannte Thema ins Gespräch zu kommen.

1.2.2 Begegnung mit Vertretern der deutschen Minderheit in Lettland: 23.-25. August 2024

Im Rahmen einer Projektförderung fand vom 23.-25. August, rund um die zentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat, ein verständigungspolitischer Austausch mit Vertretern der deutschen Minderheit in Lettland statt. Passend zum Leitwort „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“ organisierte der BdV verschiedene Gesprächsformate für eine neunköpfige Delegation aus Lettland unter der Leitung der Vorsitzenden der dortigen Dachorganisation, Ilze Garda, wo sich zu Themen der Intensivierung des europäischen und bilateralen Verständigungsgedankens ausgetauscht wurde. Die deutsche Minderheit in Lettland ist eine zahlenmäßig kleine Minderheit, die nicht nur im Hinblick auf die Pflege und den Erhalt ihrer kulturellen Identität die Verbindung zu Deutschland und hiesigen gesellschaftlichen Gruppen sucht, sondern insbesondere auch zu den Heimatvertriebenen, die über Jahrzehnte die einzigen Unterstützer der dort verbliebenen Deutschen waren. Die deutsche Minderheit ist in ihrem Land Multiplikator sowie Verständnisträger- und Mittler für das Schicksal und die Anliegen der Vertriebenen.

Während des Aufenthaltes hatte die Gruppe zunächst die Gelegenheit zu einem Gespräch mit Vertretern des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) und der Deutsch-Baltischen Gesellschaft. Dabei ging es vordergründig um Formen der Partizipation und Mitgestaltung der Verständigungsprozesse zu den östlichen Nachbarn, um Aufgaben und Perspektiven der deutschen Minderheiten oder um einen Erfahrungsaustausch bei grenzüberschreitenden Projekten. Nahtlos schloss sich ein Austausch mit Vertretern der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten (AGDM) in der FUEN und der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen zu Fragen der organisatorischen Zusammenarbeit der Verbände und Selbstorganisationen, zu grenzüberschreitenden Projekten und Aktivitäten, zu Formen der Zusammenarbeit sowie über moderne Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an. Ebenso gab es intensive gemeinsame Gespräche mit Mitgliedern des BdV-Präsidiums und der BdV-Bundesversammlung

sowie einen Dialog zu Kooperationen sowie Fördermöglichkeiten von verständigungspolitischen deutsch-lettischen Projekten mit Vertretern des Deutschbaltisch-Estnischer Fördervereins.

Bei ihrer Teilnahme an der Zentralen Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat in der Französischen Friedrichstadtkirche sowie an der Kranzniederlegung am Mahnmal „Ewige Flamme“ in Berlin, konnte die Gruppe kurzfristig mit einem musikalischen Beitrag in das Programm eingebunden werden. Um die zentrale Auftaktveranstaltung fanden weiterhin Dialoge mit hochrangigen Persönlichkeiten aus Politik, Verbänden, Diplo-



Die Delegation der deutschen Minderheit aus Lettland konnte kurzfristig in das Programm des Tages der Heimat aufgenommen werden.

© Bundesfoto/BdV

mathemischem Korps, Kirche und Gesellschaft statt. Besonders hervorzuheben ist ein Gespräch mit dem ehemaligen Staatspräsidenten von Lettland, Egils Levits, der als Ehrengast in der Friedrichstadtkirche anwesend war.

Ein Gespräch mit Begehung der Dauerausstellung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV), das durch die Museumsdirektorin persönlich wahrgenommen wurde, sowie der Besuch der „Topographie des Terrors“ rundeten die verständigungspolitische Begegnung ab.

1.2.3 Vom langen Weg der ostpreußischen Wolskinder – Vortrag und Zeitzeugengespräch: 11. September 2024

Die Verbandsgemeinde Liebenwerda hat in Kooperation mit dem Bund der Vertriebenen einen Vortrag zum Themenbereich der „Wolskinder“ durchgeführt. In der zweiteiligen verständigungspolitischen Begleitveranstaltung in Falkenberg/Elster standen Schicksale ostpreußischer Kinder im Mittelpunkt. Im ersten Teil konnten sich die Anwesenden zunächst durch einen kurzen Vortrag einen Überblick über das Thema verschaffen. Anschließend hatte das Publikum Gelegenheit, den Bericht der anwesenden, 90-jährigen Zeitzeugin Johanna Rüger zu hören und Fragen zu stellen. Dr. Christopher Spatz, Historiker mit einem Schwerpunkt auf diesem Thema, führte den Teilnehmern anschaulich vor Augen, wie sich die Situation damals darstellte und ordnete das Geschehen historisch ein. In den Wirren zum Ende des Zweiten Weltkrieges verloren Tausende Kinder ihre Eltern und

Familien. Entwurzelt und ohne jegliche Fürsorge mussten die Wolskinder vor der heranrückenden Roten Armee flüchten. Auf sich allein gestellt wurden ihnen Entscheidungen abverlangt, die kein Kind jemals sollte treffen müssen. Im anschließenden Gespräch konnte Zeitzeugin Johanna Rüger die Ausführungen von Dr. Spatz bestätigen und mit eigenen Beispielen untermauern. Sie erzählte eine Geschichte von Hunger, Gewalt und Tod neben Freundschaft und Zusammenhalt – es sind unüberbrückbare Gegensätze, die Johanna Rüger den Anwesenden schilderte. „Hunger tut richtig weh, das können Sie sich nicht vorstellen“, erzählte Rüger. Sie erklärte dem Publikum, dass man gegen den Hunger einen Kieselstein lutschen könne und das wirklich etwas Abhilfe schaffe. Noch heute sammle sie besonders schöne Kieselsteine zuhause in einem Glas.

1.2.4 Von Flucht und Vertreibung in eine kommunistische Diktatur: 25. September 2024

Im Berlischky-Pavillon in Schwedt/Oder fand am 25. September 2024 ein Vortrag im Rahmen der Ausstellung „Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland“ statt. Die Leiterin des städtischen Museums, Anke Grodon, begrüßte die zahlreichen Teilnehmer mit einem kurzen Grußwort und betonte die Bedeutung des Themas für die Stadt Schwedt, in der viele deutsche Heimatvertriebene – allein wegen der geografischen Nähe zu den Vertreibungsgebieten – ein Zuhause gefunden hätten.

Dr. Vincent Regente, Historiker und Abteilungsleiter bei der Deutschen Gesellschaft, knüpfte an die Ausführungen von Anke Grodon an und unterstrich die Notwendigkeit eines generationsübergreifenden Austauschs, um die Geschehnisse der Kriegs- sowie Nachkriegszeit vor Vergessenheit zu bewahren. Ausgehend vom unterschiedlichen Wissensstand der Teilnehmer führte Dr. Regente das Publikum schrittweise an das Hauptthema des Vortrages heran. Zunächst blickte er

auf die Siedlungsgeschichte der Deutschen in Ost- und Südosteuropa und ging auf historische Großereignisse bis zum Zweiten Weltkrieg ein. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die deutschen Provinzen östlich der Oder-Neiße-Linie unter fremde Verwaltung gestellt. Die deutsche Bevölkerung der Ostgebiete war aus ihrer Heimat geflüchtet oder von dort vertrieben worden. Schätzungsweise sind über vier Millionen Vertriebene in der SBZ/DDR angekommen. Eine offizielle Statistik, die die Zahl sowie die Herkunft erfasst hätte, gab es nicht.

Am Ende der Veranstaltung nahmen einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit des Austauschs wahr und berichteten vom Fluchtschicksal der eigenen Familie. Keiner der anwesenden Schüler kannte den Geburtsort ihrer Großeltern, was die Notwendigkeit der Aufarbeitung dieses Themas verdeutlicht. Je jünger die Generation, desto weniger kennt sie sich mit dem Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen

1.2.5 „Zwischen Assimilation und Selbstbehauptung – Auswirkungen von Flucht und Vertreibung in den sozialistischen Staaten Europas und der Fall des Eisernen Vorhangs“: 18. November 2024

Am 18. November 2024 veranstaltete der Bund der Vertriebenen als anerkannter Träger der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) ein Zeitzeugengespräch mit Podiumsdiskussion, bei dem unter dem Titel „Zwischen Assimilation und Selbstbehauptung – Auswirkungen von Flucht und Vertreibung in den sozialistischen Staaten Europas und der Fall des Eisernen Vorhangs“ intensiv und facettenreich diskutiert wurde.

Im Kirchsaal des Tagungszentrums „Hotel Dietrich Bonhoeffer Haus“ begrüßte zunächst BdV-Generalsekretär Marc-Pawel Halatsch die anwesenden Gäste und stellte die späteren Teilnehmer der Podiumsdiskussion vor. Mit Zeitzeugen Heinrich Melzer, dem Beauftragten des Freistaates Sachsen für Vertriebene und Aussiedler, Dr. Jens Baumann, und dem Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten

(FUEN), Bernard Gaida, konnten hochkarätige Diskutanten für die Veranstaltung gewonnen werden.

Zunächst aber begrüßte auch der für Öffentlichkeitsarbeit im Bonhoeffer-Haus zuständige Peter Oppermann die Gäste im Namen des Hauses und gab einen spannenden Einblick in die Historie des Gebäudes und des Veranstaltungsraumes. Nicht nur, dass sich Namensgeber Dietrich Bonhoeffer für ähnliche Ziele wie der BdV eingesetzt habe, wie für Menschenrechte, für Humanität und ein friedliches Miteinander; auch der Kirchsaal des Hauses, wo drei der bekannten „Runden Tische“ im Dezember 1989 stattgefunden haben, passe genau zur Veranstaltung und den zu diskutierenden Inhalten.

Im folgenden Zeitzeugengespräch zwischen Moderator Tilman A. Fischer und Heinrich Melzer, erzählte der Zeitzeuge zunächst von der Vertreibung zusammen mit seinen Eltern von ihrem Hof im Sudetenland. Die Familie kam nach Thüringen und der Vater konnte dort bei einem Landwirt auf dem Hof als Angestellter arbeiten. Heinrich Melzer berichtete, dass sich die Eltern aber erst richtig angekommen fühlten, als sie im Ergebnis der Bodenreform in der DDR in die Lage kamen, einen eigenen Hof zu pachten. Die Vertreibung jedoch sei öffentlich tabu gewesen; auch Treffen mit Schicksalsgenossen waren in der DDR nicht möglich. Dennoch erinnerte sich Melzer, dass ihn sein Vater das eine oder andere Mal zu einem informellen Treffen von Vertriebenen – in der DDR euphemistisch „Umsiedler“ genannt – mitgenommen habe. Das Elternhaus im Sudetenland habe er später besucht und sich mit den neuen Bewohnern versöhnlich verständigt.

Ein Beitrag aus dem Publikum ergänzte Heinrich Melzers Bericht und gab den Gästen eine dramatischere Perspektive der Vertreibung wieder. Zeitzeuge Oswald Wöhl wurde mit seinen Eltern zunächst einige Zeit in einem ehemaligen Konzentrationslager unter widrigsten Bedingungen interniert, bevor es weiter in die DDR ging. Auch andere Gäste aus dem Publikum ergänzten Melzers Darstellung mit persönlichen Erfahrungen.

Intensive Diskussion mit den anwesenden Gästen

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung eröffnete der Moderator nun die Podiumsdiskussion zwischen Heinrich Melzer, Dr. Jens Baumann und Bernard Gaida und ließ die Gäste zunächst berichten, wie sie persönlich den 9. November 1989 erlebt hatten. So unterschiedlich die Podiumsteilnehmer, so unterschiedlich waren hier die Erzählungen. Sie reichten von einem Blick aus dem Solidarność-geprägten Polen (Bernard Gaida), über die Erfahrungen eines Studenten in Dresden (Jens Baumann) bis hin zum ersten Besuch in West-Berlin (Heinrich Melzer).

Zum Veranstaltungsthema berichtete Dr. Baumann, seit 1992 im Sächsischen Staatsministerium des Innern unter anderem im Bereich „Förderung und Bewahrung des gemeinsamen kulturellen Erbes“ tätig, von den Anfängen der Verständigung

mit den östlichen Nachbarstaaten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Es überwögen in der Gesamtschau sicherlich die vielen positiven Beispiele, wenngleich auch immer noch Ressentiments auf beiden Seiten herrschten.

Bernard Gaida konnte dies als AGDM-Sprecher bestätigen, da die nationalistische Karte auch heutzutage in vielen Ländern gespielt werde, so zum Beispiel in Polen. Gaida berichtete von der Zeit der Sozialistischen Republik Polen, wo die deutsche Minderheit unter allen ethnischen Minderheiten als einzige keinerlei eigene Rechte hatte und im Bereich Oberschlesien der Gebrauch der deutschen Sprache bis 1989 sogar im Bereich der eigenen Familie verboten war. Schon in den 1980er Jahre seien sich die Deutschen in Polen sicher gewesen, dass Schlesien nicht mehr Teil eines wiedervereinigten Deutschlands sein würde, aber sie blickten hoffnungsvoll auf Europa und die europäische Integration. Als der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl nach Polen kam, war die Euphorie unter den Deutschen groß und trotz der Verhinderungsversuche der polnischen Regierung habe es eine Massenzusammenkunft mit dem deutschen Regierungsoberhaupt gegeben. Das in diesem Zusammenhang stets erwähnte Plakat „Helmut, Du bist auch unserer Kanzler!“ sei vor allem ein lauter Ruf gewesen, die deutsche Minderheit und ihr Schicksal im sozialistischen Polen im Zuge der Deutschen Einheit mitzubedenken. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs habe sich für die Minderheiten endlich die Möglichkeit ergeben, sich offiziell zu organisieren und neue Kontakte nach Deutschland und zu den anderen deutschen Minderheiten zu knüpfen.

Aus dem Publikum wurde die insgesamt sehr positive Verständigung mit den östlichen Nachbarstaaten hervorgehoben, wenngleich es auch heute noch Nachholbedarf gebe. Gerade viele Sudetendeutsche schmerze sehr, dass in der Tschechischen Republik immer noch „die unsäglichen Beneš-Dekrete“ gelten würden. In einem modernen Europa des 21. Jahrhunderts, in dem Friedenssicherung das höchste Gut ist, sei dies ein Aspekt aus dunkelster Vergangenheit, der dringend aufgearbeitet werden müsse.

Dr. Baumann nahm den Aspekt der Unrechtsdekrete auf, betonte aber, dass dieses leider noch vorhandene Negativbeispiel die vielen positiven Beispiele der grenzüberschreitenden Verständigung nicht überlagern dürfe. Manche „Vertreiberstaaten“, wie etwa Ungarn, hätten ihre Rolle in der Geschichte schon umfassend aufgearbeitet, Fehler eingeräumt, Restitutionsregelungen erlassen oder etwa einen eigenen Gedenktag für die Vertreibung der Deutschen eingerichtet. Der Beauftragte appellierte, nicht bei der Vertreibung stehen zu bleiben, sondern das gemeinsame, auch kulturelle Erbe in die Zukunft zu tragen und weiterhin an einem friedlichen Miteinander in Europa zu bauen – auf Basis der Fehler und Lehren der Vergangenheit. In der DDR hatte man zunächst keine Hoffnung, weil man schweigen musste und dieses Thema keine politische Relevanz hatte im Vergleich zu Westdeutschland. Dennoch hätten in Deutschland heute die allermeisten

ihren Frieden gefunden und wollten nicht zurück in die alte Heimat. Durch die europäische Einigung jedoch könnten sie jetzt jedoch jederzeit dorthin fahren. Dies sei wiederum ein großes Glück für die Enkelgeneration und erleichtere es, sich mit der eigenen Familiengeschichte und dem Thema insgesamt auseinanderzusetzen. So ordne sich alles in die Geschichte ein und eine wesentliche Aufgabe sei nun, dies entsprechend zu begleiten, z.B. im Schulunterricht.

Bernard Gaida ergänzte, dass der große Eiserner Vorhang zwar gefallen sei, viele einzelne Vorhänge jedoch geblieben seien. Er verwies dabei nochmals auf antideutsche Ressentiments in Politik und Gesellschaft in manchen Staaten, aber auch aus Deutschland beim Blick nach Osten. Er monierte zudem, dass in den Museen oft der Eindruck entstehe, die Vertreibung

habe die Geschichte der Deutschen im Osten beendet. Über das Schicksal und die heutige Lage der Heimatvertriebenen werde nur wenig berichtet, obwohl sehr viele Deutsche in ihrer Heimat geblieben und dort nach jahrzehntelanger Unterdrückung sich heute in Freiheit zum Teil wieder florierende Gemeinschaften herausgebildet hätten.

Nach einer kurzen Zusammenfassung durch Moderator Tilman A. Fischer wünschte sich Heinrich Melzer in einem eigenen kurzen Schlusswort, dass die ausgestreckten Hände der Heimatvertriebenen und ihrer Nachkommen die heutigen Staaten ihrer Heimatgebiete weiter ausgestreckt bleiben – und auch angenommen würden. Letztlich gelte es, jedes begangene Unrecht anzuerkennen – von Deutschland, aber auch von den Vertreiberstaaten.

1.3 Weitere Termine

1.3.1 Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung: 20. Juni 2024

Vor zehn Jahren hat die Bundesregierung die Einführung eines nationalen Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung beschlossen, der seit 2015 jeweils am 20. Juni, dem Weltflüchtlingstag des UNHCR, begangen wird. Hatten die deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge bereits in ihrer Charta von 1950 darauf hingewiesen, dass Flucht und Vertreibung „ein Weltproblem“ sind, dem nur in internationaler Anstrengung begegnet werden könne, ist dies in der vergangenen Dekade noch deutlicher hervorgetreten: Von 51,9 Millionen haben sich die weltweiten Flüchtlingszahlen in dieser Zeit laut aktueller Statistiken des UNHCR auf 117,3 Millionen mehr als verdoppelt.

Das Gedenken am 20. Juni in Deutschland richtet sich zunächst an die eigenen rund 15 Millionen Opfer von Flucht und Vertreibung, die im von Nazideutschland verbrochenen Zweiten Weltkrieg und nach dessen Ende ihr Zuhause, ihre Heimat und vielfach ihr Leben verloren haben. Schicksal, Ankunft und Aufnahme der rund zwölf Millionen Angekommenen – „Binnenflüchtlinge“ in heutiger Nomenklatur – haben beide deutsche Nachkriegsgesellschaften maßgeblich geprägt. Davon ausgehend erinnert die Bundesregierung an diesem Tag aber auch daran, dass die Bundesrepublik heute Zielort für Flüchtlinge aus vielen fremden Ländern ist und macht deren Schicksal öffentlich sichtbar.

Paus: „Hinter jeder Flucht steht eine persönliche Geschichte“

Die von der Bundesregierung jährlich zentral in Berlin gestaltete Gedenkstunde, die zum zweiten Mal in Folge im Konzerthaus am Gendarmenmarkt stattfand, wurde von der Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus MdB, eröffnet. Die Ministerin verwies darauf, dass Flucht und Vertreibung Menschheitsthemen seien. Dabei rief sie



Die Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus MdB, eröffnete die Veranstaltung.

zunächst die Geschichte der deutschen Vertriebenen in Erinnerung, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Heimat verlassen mussten, und gedachte dabei auch der „rund zwei Millionen Opfer“, die dies nicht überlebten. Im Folgenden zog sie vorsichtige Parallelen zur heutigen Zeit und erklärte: „Hinter jeder Flucht steht eine persönliche Geschichte und mitunter viel Leid. Nicht immer werden Geflüchtete jedoch mit offenen Armen empfangen.“ Die Integrationsarbeit, die gerade auch der Bund der Vertriebenen ehrenamtlich leiste, sei daher umso verdienstvoller.

Vojáčková-Sollorano: Mit dem Blick auf die Vergangenheit den Blick auf die Gegenwart schärfen

Die stellvertretende Generaldirektorin der Internationalen Organisation für Migration der Vereinten Nationen, Irena Vojáčková-Sollorano, knüpfte an die Begrüßungsworte von Lisa Paus an, indem sie betonte, dass das Gedenken an Flucht und Vertreibung in der Vergangenheit den Blick auf die Gegenwart schärfe. Dabei stellte sie persönliche Bezüge her, zumal

sie selbst als tschechisches Flüchtlingskind nach Deutschland gekommen sei und ihr bei der Ankunft und in der Eingliederung gerade deutsche Vertriebene zur Seite gestanden hätten.

Podium: Flucht und Vertreibung damals und heute

In einem Podiumsgespräch mit Betroffenen unter der Leitung des zuständigen Abteilungsleiters im Bundesministerium des Innern und für Heimat, Jörn Thießen, wurden die Erfahrungen aus Vergangenheit und Gegenwart miteinander in Verbindung gebracht. Dabei machte der 1941 im nordböhmischen Neustadt an der Tafelfichte (tschechisch Nové Město pod Smrkem) geborene Oswald Wöhl anhand seiner Familiengeschichte erfahrbar, wie schlimm die Entwurzelung aus der Heimat seine Familie getroffen hatte. Bis ins 16. Jahrhundert, kurz nach der Stadtgründung, hätten sich seine Vorfahren in Neustadt zurückverfolgen lassen. Diese Geschichte sei mit der Vertreibung vorbei gewesen. Anschaulich schilderte Wöhl weiter, welchen Diskriminierungen die Deutschen vonseiten der Tschechoslowakei, aber auch nach der Ankunft in der Sowjetischen Besatzungszone, im heutigen Mecklenburg-Vorpommern, ausgesetzt gewesen waren. Trotzdem habe er bald schon Brücken der Verständigung zu den neuen Bewohnern Neustadts gebaut, deren Resultat bis heute andauernde Familienfreundschaften seien.

Mohammed Rabbie, ein syrischer Flüchtling, wiederum berichtete davon, wie er 2015 aus Furcht vor dem sogenannten Islamischen Staat nach Deutschland gekommen sei, hier die Freiheit und die Vorzüge der Demokratie schätzen und lieben gelernt habe und unterdessen freiberuflich als Journalist arbeite. Als er erklärte, seit Kurzem die deutsche Staatsbürgerschaft zu besitzen, ergriff Oswald Wöhl spontan seine Hand und bescherte der Veranstaltung damit einen besonders bewegenden Moment.

Fabritius: Krieg, Vertreibungen und ethnische Säuberungen sind immer Verbrechen

In guter Tradition sprach der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, das Schlusswort der Gedenkstunde und wies zunächst darauf hin, dass vor 80 Jahren der Krieg zwar noch nicht vorbei war, die Flucht der Deutschen insbesondere aus dem Donauraum aber bereits begonnen hatte. Ebenfalls vor fast 80 Jahren habe sich das Massaker von Nemmersdorf in Ostpreußen ereignet, das in der Folge sowohl von der nationalsozialistischen als auch der sowjetischen Propaganda instrumentalisiert und missbraucht worden sei. Parallelen zur heutigen Zeit mit den „Lügengeschichten aus Putins Propagandamaschine“ seien unverkennbar. Nach



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius bei seinem mittlerweile schon traditionell gewordenen Schlusswort der Veranstaltung.

wie vor würden die Legenden um das an sich schon furchtbare Massaker ein würdiges Gedenken an die Opfer behindern, die noch in der Heimat von „der Rache der Sieger“ erreicht worden seien. Auch sie seien selbstverständlich Opfer von Flucht und Vertreibung, derer man daher an diesem Tag gedenken wolle.

Im Weiteren stellte Fabritius die Verbindung des nationalen Gedenktages mit dem Weltflüchtlingstag heraus, indem er daran erinnerte, dass bei der Gründung des UNHCR und der Verabschiedung der Genfer Konvention auch das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen eine wichtige Rolle gespielt hatte. Zum Abschluss mahnte er: „Gerade wir, meine Damen und Herren, wissen und wollen niemals vergessen, dass jeder Krieg, jede Vertreibung, jede ethnische Säuberung – gleichgültig wo, wann und mit welcher Begründung – immer Verbrechen sind.“

Stimmungsvoll musikalisch begleitet wurde die Gedenkstunde von Stipendiaten der Stiftung Kurt-Sanderling-Akademie des Konzerthausorchesters Berlin, die Werke des ukrainischen Komponisten Jefim Golyschew und des in Preßburg geborenen Ernst von Dohnányi darboten. Eingespielte Interviews aus dem Zeitzeugenportal des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland rundeten die Veranstaltung ab.

1.3.2 Gespräch im ZDF-Auslandsstudio in Wien: 18. Juli 2024

Am 18. Juli 2024 trafen sich BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius, Vizepräsident Steffen Hörtler, der auch für den BdV Mitglied im ZDF-Fernsehrat ist, und Peter-Dietmar Leber, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Banater Schwaben, mit der Leiterin des ZDF-Auslandsstudios Wien, Britta Hilpert, und ihrem Team zu einem Austausch. Das Auslandsstudio ist mit zwei Korrespondenten für die Berichterstattung aus dem südosteuropäischen Raum mit den Ländern Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Österreich, Rumänien, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn zuständig.

In einem sehr konstruktiven Gespräch wurden verschiedene Themen erörtert. Die Vertreter des BdV unterstrichen die wichtige Brückenfunktion der in der Heimat verbliebenen Landsleute und berichteten von zahlreichen verständigungspolitischen Initiativen. Man nutzte die Möglichkeit zum offenen Austausch und warb für eine deutlichere Einbeziehung der deutschen Minderheiten in die Berichterstattung, um unsere Landsleute sichtbar zu machen und die deutsche Öffentlichkeit über sie zu informieren. Es gebe herausstechende Persönlichkeiten, wie den deutschstämmigen Staatspräsidenten Rumäniens, Klaus Johannis, oder große Ereignisse, wie die diesjährige europäische Kulturhauptstadt Temeswar mit ihrem deutschen Bürgermeister, Dominic Fritz, über die man berichten würde. Im Großen und Ganzen falle die Aufmerksamkeit der Berichterstattung aber wenn überhaupt nur dann merkbar auf die Herkunftsgebiete. Es gebe daneben aber zahlreiche Ereignisse und auch große Veranstaltungen, die man in der Berichterstattung mitverarbeiten könne, um die Menschen in Deutschland darüber in Kenntnis zu setzen. Allgemein sei den meisten in Deutschland lebenden Menschen wenig über die deutschen Minderheiten und ihr Engagement für Deutschland und Europa bekannt. Gleichzeitig fiel beim vom BdV vertretenen Personenkreis negativ ins Gewicht, dass in der deutschsprachigen Berichterstattung oftmals die Städtenamen in den Herkunftsgebieten nicht auf Deutsch, sondern in der Sprache des jeweiligen Landes genannt würden. Dafür wolle man sensibilisieren und gleichzeitig dazu ermutigen, das proeuropäische Engagement dieses Personenkreises in den Blick zu nehmen.

Die Delegation unterstrich die Wichtigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und insbesondere der Auslandsstudios, die es zu stärken gelte. Gleichzeitig müsse der Blick auf viele positive Initiativen und die Akteure geschärft werden. Exemplarisch wurden die starken Verbindungen zwischen Vertretern der tschechischen Politik - bis hin zu jetzigen Regierungsmitgliedern - und der Sudetendeutschen Landsmannschaft hervorgehoben, die sich an vielen Beispielen, wie dem Brünner



Delegation des BdV mit der Leiterin des ZDF-Auslandsstudios Wien, Britta Hilpert (Mitte), und ihrem Team.

Versöhnungsmarsch, festmachen ließen. Vielfach sei der Blick auf die Arbeit und den Personenkreis aber leider noch in vorurteilsbehafteten Denkmustern verhaftet, die Realität sei jedoch gegenteilig. Oft herrsche dann große Verwunderung, dass das Verhältnis zu offiziellen Vertretern der Herkunftsländer, aber auch auf kommunaler Ebene und zwischen den Menschen sehr positiv sei.

Die Vertreter des ZDF nahmen die Anregungen auf und sagten zu, dass man die Nennung deutscher Städtenamen als Arbeitsauftrag mitnehmen wolle. Sie nahmen im weiteren Verlauf des Dialogs die politischen Entwicklungen in den jeweiligen Herkunftsländern in den Blick und erörterten die Schwierigkeiten in der Berichterstattung. Gerade nationalistische Tendenzen in einigen Ländern mit teilweise verschärften Mediengesetzen machten die Berichterstattung manchmal schwierig. Insbesondere bei nationalistisch-populistischen Politikern müsse man besonders aufpassen, dass diese solche Berichte nicht gegen Deutschland und die deutschen Minderheiten verwenden würden, um Wählerstimmen zu gewinnen. Gleichzeitig habe der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein Interesse an den deutschen Minderheiten und ihrer Einbindung in die Berichterstattung. Man versuche daher, einen guten Mittelweg zu finden und auf größere Veranstaltungen aufmerksam zu werden. Seitens des BdV wurde angeregt, bspw. zum Großen Sachsentreffen in Hermannstadt am ersten Augustwochenende zu kommen, um darüber zu berichten. Im weiteren Verlauf des Gesprächs mit den Mitarbeitern des Auslandsstudios stellte sich heraus, dass fast alle einen familiären Bezug in die deutschen Heimatgebiete in Mittel- und Osteuropa haben und sich daraus ein großes Interesse und Motivation an der Erforschung der eigenen Wurzeln entwickelt hat. Die BdV-Delegation konnte bestätigen, dass viele jüngere Menschen dieses Interesse entwickeln und so neue verständigungspolitische Impulse entstehen würden, was sehr zu begrüßen sei.

1.4 Sitzungen der Organe

1.4.1 Präsidium

Im Rahmen von drei Sitzungen tauschte ich das Präsidium des Bundes der Vertriebenen 2024 über aktuelle Arbeitsschwerpunkte aus sowie zur Umsetzung der satzungsgemäßen Verbandspolitik. Dabei bildete das Jahresleitwort „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“ einen besonderen Fokus.

Im Bereich Verständigungspolitik gab es fortwährenden Dialog mit den deutschen Minderheiten in den Nachbarländern sowie mit politischen Vertretern aus den Heimatregionen. Im Austausch über die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wurden immer wieder auch die Fragen besprochen, inwieweit deutsche Volkszugehörige aus den Kriegs- und Krisengebieten in den unmittelbaren Nachbarländern Zuflucht gefunden hätten und welche rechtlichen Herausforderungen für deren potenzielle Aufnahme als Spätaussiedler in Deutschland bestehen.

Aber auch die politischen Herausforderungen und die allgemeine Bedrohungslage in den Nachbarländern spielte eine Rolle. Diese wurde in Vorbereitung auf den Tag der Heimat insbesondere mit dem ehemaligen lettischen Präsidenten, Egils Levits, und der deutschen Minderheit in Lettland thematisiert. Außerdem wurde etwa die neue politische Situation in Polen mit der Rückabwicklung muttersprachlicher Unterrichtskürzungen thematisiert. Auch die Spendenaktion „Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine“ blieb ein wichtiges Thema. Fortwährend erfolgte der Austausch über die Effekte der Ende 2023 in Kraft getretenen Änderung des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) im Bereich der Spätaussiedleraufnahme. Dabei erwies sich in der Antragsbearbeitung sowie in der Rechtsprechung im Laufe des Jahres, dass nach wie vor zu wenig Rücksicht auf die Lebenswirklichkeit der Antragsteller genommen wird, gerade in einer Zeit erhöhten ethnischen Aussiedlungsdruckes. Die angekündigte Rechtsverordnung des Bundesministerium des Innern und für Heimat zur Wohnsitzfiktion wurde in der Entstehung begleitet; im Ergebnis wurden Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Den Verband, die Mitglieder, aber auch die deutschen Minderheiten in ihrer Heimat betreffend, bildete auch die Kulturpolitik nach § 96 BVFG einen Schwerpunkt. Dabei wurden erneut Wege gesucht, entsprechend der bundesgesetzlichen Rege-



Das BdV-Präsidium nach dem Gespräch mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder MdL: 1. Reihe v.l. Dr. Bernd Fabritius, Dr. Markus Söder, Dr. Petra Loibl, Stephan Grigat; 2. Reihe v.l. Stephan Rauhut, Steffen Hörtler, Dr. Florian Herrmann, Heiko Schmelzle; 3. Reihe v.l. Raimund Haser MdL, Johann Thießen; 4. Reihe v.l. Stephan Mayer MdB, Milan Horáček, Peter-Dietmar Leber; 5. Reihe v.l. Gisela Schewell, Dr. Ernst Gierlich; 6. Reihe v.l. Dr. Maria Werthan, Siegbert Ortmann; 7. Reihe v.l. Marc-P. Halatsch, Brunhilde Reitmeier-Zwick.

lung insbesondere die aus der Bundesförderung genommene kulturelle Breitenarbeit zu reaktivieren und sämtlichen geförderten Institutionen eine zukunftsste Planung zu ermöglichen.

Außerdem wurden erneut wesentliche Forderungen an die Politik erarbeitet und der Bundesversammlung zum Beschluss vorgelegt. Dabei kamen in einer Zeit unsicherer Finanzierung und verstärkt notwendigem inhaltlichen Rückhalt neben den o.g. Themen auch die Erinnerungs-, Bildungs- und Kulturpolitik sowie die auch für Aussiedler und Spätaussiedler geleistete Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) zur Sprache.

Zum Jahresende wurden diese Themen und Anliegen in einem Arbeitsgespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Markus Söder MdL, erörtert.

1.4.2 Bundesausschuss in Berlin: 9./10. April 2024

Die Tagung des Bundesausschusses des Bundes der Vertriebenen fand im Umfeld des Jahresempfanges am 9./10. April 2024 in Berlin statt. Auf der Tagung erfolgte ein intensiver Austausch über die auch im Präsidium

besprochenen Themen sowie über weitere Arbeitsfelder des Verbandes. Perspektiven und Fragen der Mitglieder fanden hierbei besondere Beachtung. Auch die Strukturdebatte wurde in diesem Rahmen fortgesetzt.

1.4.3 Bundesversammlung in Berlin: 23. August 2024

Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen fasste als höchstes Beschlussgremium des Verbandes auf ihrer Sitzung am 23. August 2024 in Berlin folgende Entschlüsse.

Friedliches Miteinander der Völker bleibt wesentliche Aufgabe

Die Bundesversammlung fordert die Bundesregierung auf, den erinnerungspolitischen wie den grenzüberschreitenden verständigungspolitischen Einsatz der deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler weiter zu fördern und zukunftssicher auszugestalten.

Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten und die aus diesem Gesamtkomplex erwachsenen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge sind ein prägender und eigenständiger Teil unserer gesamtdeutschen Geschichte und Erinnerungslandschaft, der nicht mit allgemeiner Migration und Einwanderung gleichzusetzen ist. Aufgrund ihres Schicksals treten die Vertriebenen und Spätaussiedler mit ihren Verbänden und Institutionen seit Jahrzehnten für ein friedliches Miteinander der Völker in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa ein. Spätestens seit der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 setzen sie sich für die Einhaltung der Menschenrechte ein und sind Brückenbauer für ein freies, geeintes und friedliches Europa. Die Aktivitäten, die hierzu Jahr für Jahr entfaltet werden, zeigen, dass dies auch in Zukunft eine der wesentlichen Aufgaben bleibt.

Daher ist es nötig, dass für diese vielschichtige und wichtige Arbeit ausreichend Mittel in den Haushaltsplan des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI), der Beauftragten für Kultur und Medien (BKM) und die Länderhaushalte eingestellt werden.

Deutsche Minderheiten verlässlich unterstützen

Die Bundesversammlung fordert die Bundesregierung auf, auch die deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion weiterhin verlässlich finanziell zu unterstützen. Die heimatverbliebenen Landsleute sind als deutsche Minderheiten im grenzüberschreitenden Einsatz die zweite Seite ein und derselben Medaille und somit ein Bindeglied zwischen den Völkern sowie ein verlässlicher Partner in der Kooperation. Sie sind nicht nur aktive Kulturträger in der Heimat und vermitteln in ihre jeweiligen Mehrheitsgesellschaften hinein, sondern geben Impulse auch für die Fortentwicklung des kulturellen Erbes. Sie bauen Brücken nach Deutschland und in Europa. Damit tragen sie ebenfalls zur Friedenssicherung bei.

Eine unkomplizierte und rechtssichere Förderung durch das BMI und das Auswärtige Amt ist nötig, um den Sprach- und Kulturerhalt zu sichern und damit den Fortbestand der Minder-



© BdV

Die Mitgliedsverbände des Bundes der Vertriebenen nahmen die Berichte des Präsidenten, des Generalsekretärs und den Finanzbericht zur Kenntnis. Zugleich verabschiedeten sie wichtige Entschlüsse, in denen sie die Verbandspolitik festlegten.

heiten zu gewährleisten.

Außerdem gilt es, die Minderheiten gegenüber Diskriminierung im eigenen Land in Schutz zu nehmen und ihre Interessen nachdrücklicher gegenüber den jeweiligen Regierungen zu vertreten. Hierfür sollte der Einsatz in bilateralen Formaten, im Europarat, aber auch für eine Minderheitenschutzgesetzgebung auf EU-Ebene verstärkt werden.

Eigenständige Kulturarbeit Fundament des § 96 BVFG

Die Bundesversammlung fordert die Bundesregierung auf, ihrer aus § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) erwachsenden Verantwortung vollumfänglich gerecht zu werden.

Die eigenständige, aktive Kulturarbeit der Vertriebenen, Spätaussiedler, ihrer Nachfahren und ihrer Verbände gehört zum Fundament dieses bundesgesetzlichen Auftrages, den es zu stützen und zu stärken gilt. Hierfür ist eine verlässliche Förderung der Projektarbeit ebenso wie der Institutionen notwendig. Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen sollte als eigenständige, landsmannschaftlich übergreifende kulturelle Institution dauerhaft weiter gefördert werden, um die erfolgreiche Arbeit eines halben Jahrhunderts auch zukünftig fortsetzen zu können.

Ebenso liegt es im gesamtgesellschaftlichen Interesse, dass das kulturelle Erbe der Deutschen in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa und in den heutigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion erhalten bleibt sowie erforscht und weiterentwickelt wird. Dieses Kulturerbe ist wesentlicher Bestandteil der kulturellen und geistigen Identität Deutschlands und des deutschen Kulturkreises.

Altersarmut von (Spät-)Aussiedlern durch FRG-Reform bekämpfen

Die Bundesversammlung fordert die Bundesregierung auf,

ihrer Verantwortung für die Gruppe der Aus- und Spätaussiedler gerecht zu werden und für die betroffenen Menschen benachteiligende gesetzliche Regelungen aus früheren Jahrzehnten zurückzunehmen. Nötig sind hier:

- die Aufhebung der pauschalen 40-Prozent-Kürzung der FRG-Rente,
- die Aufhebung der pauschalen Kürzung von Kindererziehungszeiten sowie eine Verlängerung der Erklärungsfrist bzw. eine gesetzliche Zuweisung zum berechtigten,
- die Aufhebung der Deckelung der Entgeltpunkte in § 22 b FRG,
- der Abbau bürokratischer Hürden und finanzieller Belastungen beim Rentenbezug aus dem Ausland,
- Sozialversicherungsabkommen bzw. Rechts- oder Amtshilfeabkommen für die erleichterte Zusammenarbeit mit den Behörden der Herkunftsländer.

Diese bestehenden Nachteile führen zwangsläufig bei vielen Aus- und Spätaussiedlern zu Altersarmut. Sie stehen in Widerspruch zum Gebot der Generationengerechtigkeit, weil die Nachkommen der Aus- und Spätaussiedler in hohem Maße zur Stabilität unseres Rentensystems beitragen. Daraus kann angesichts der aktuellen Lage erheblicher sozialer Unfrieden entstehen, auch weil die Betroffenen in finanzielle Nöte geraten und sich von der Regierung im Stich gelassen fühlen. Der von der Bundesregierung beschlossene Härtefallfonds, der aktuell umgesetzt wird, kann nicht dazu beitragen, diese Situation zu verbessern. Zum einen reicht die ausbezahlte pauschale Leistung hierzu nicht aus, zum anderen deuten Antragsbearbeitung wie Bescheidzahlen auf eine verfehlte Stichtagsregelung hin.

Vermutung des Kriegsfolgeschicksals besteht fort

Die Bundesversammlung begrüßt, dass die Bundesregierung an der Vermutung des pauschalen Kriegsfolgeschicksals für die Deutschen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und ihre Familienangehörigen festhält und somit die historische Verantwortung Deutschlands nicht in Frage stellt.

Die Ende 2023 in Kraft getretene BVFG-Änderung passt die gesetzliche Situation an geänderte Realitäten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, an und ermöglicht es, frühere nichtdeutsche Nationalitätenerklärungen bis zur Aussiedlung in ein Bekenntnis nur zum deutschen Volkstum zu ändern. Wenn die weiteren Aufnahmebedingungen wie z.B. Abstammung und deutsche Sprachkenntnisse vorliegen, soll ein solcher Wechsel des Bekenntnisses nicht mehr zur Antragsablehnung führen. Dies gilt es sicherzustellen und dort, wo eine Änderung rechtlich nicht möglich ist, ernsthafte Bemühungen bzw. ein Bekenntnis auf andere Weise zuzulassen.

Auch die Rechtsverordnung des BMI, mit der die Wohnsitzfiktion für kriegsbedingt aus dem Aussiedlungsgebiet geflüch-



Bericht des Präsidenten vor der Bundesversammlung 2023.

tete, potenzielle Spätaussiedler aufrechterhalten werden bzw. nach Zuflucht in Deutschland auch der spätere Aufnahmeantrag im Wege des BVFG-Härtefallverfahrens zugelassen werden soll, ist im Sinne der Schutz suchenden deutschen Volkszugehörigen umzusetzen.

Migrationsberatung ist Pfeiler der Integrationsarbeit

Die Bundesversammlung fordert die Bundesregierung erneut auf, die Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) finanziell angemessen und zukunftsfest auszustatten. Der ungebrochene Zuzug von Menschen nach Deutschland, die weltweit auf über 120 Mio. gestiegenen Flüchtlingszahlen, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die auch daraus resultierende Migration nach Deutschland sowie die Fachkräftezuwanderungspolitik der Bundesregierung bewirken einen wachsenden Beratungs- und Finanzbedarf auch in der MBE als einem der Pfeiler der Integrationsarbeit in Deutschland. Leider berücksichtigt der Entwurf des Bundeshaushalts dies regelmäßig nicht. Erst in Nachverhandlungen bzw. in der Bereinigungssitzung wird der tatsächliche Bedarf mit bedacht. Durch diese unsichere Finanzierungslage müssen dringend benötigte Beratungsstellen Jahr für Jahr zum Ende des Haushaltsjahres geschlossen und können erst nach Erteilung des Zuwendungsbescheides wieder aufgebaut werden, insofern dies angesichts der Arbeitsmarktsituation überhaupt möglich ist. Damit wird die Integrationsarbeit erheblich behindert und der erklärte politische Wille hinsichtlich der Integration Zugewanderter konterkariert.

Außerdem gilt es, die Richtlinien für die Arbeit und die Finanzierung der MBE stärker an der Wirklichkeit der Integrationsarbeit auszurichten. Sonst droht ein Rückzug der Verbände aus der Beratungsarbeit.

1.5 Ehrungen

1.5.1 Ehrenplakette des BdV an Peter Maffay

Einstimmig hat das Präsidium des Bundes der Vertriebenen beschlossen, dem Musiker und Komponisten Peter Maffay 2024 die höchste Auszeichnung des Verbands, die Ehrenplakette, zu verleihen. Gewürdigt wird damit sein herausragendes Engagement für den Erhalt der siebenbürgisch-sächsischen Kultur sowie sein Wirken als Brückenbauer zwischen Herkunft, Heimat und europäischer Zukunft. Mit Projekten wie der Kulturwoche „Haferland“ und dem Einsatz für den Erhalt siebenbürgischer Kirchenburgen schafft er Orte der Erinnerung und Begegnung. Durch sein öffentliches Bekenntnis zu seinen Wurzeln in Siebenbürgen und sein dortiges Engagement fördert Peter Maffay aktiv das gegenseitige Verständnis zwischen Deutschen und Rumänen und stärkt das europäische Miteinander. Sein Einsatz gilt nicht nur dem kulturellen Erbe, sondern auch den Grundwerten von Toleranz, Menschenwürde und gesellschaftlicher Teilhabe über Grenzen hinweg. Peter Maffay hat die Annahme der Ehrung bereits erklärt, jedoch konnte im Berichtsjahr aufgrund zahlreicher Verpflichtungen des Künstlers noch kein Termin zur offiziellen Übergabe gefunden werden.



© Siegbert Bruss

Peter Maffay (r.) mit BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius beim Heimatstag der Siebenbürger Sachsen..

1.5.2 Wenzel-Jaksch-Medaille an Reinfried Vogler

Am Rande der Bundesversammlung am 23. August 2024 wurde der Ehrenvorsitzende der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Reinfried Vogler, auf einstimmigen Beschluss des Präsidiums mit der Wenzel-Jaksch-Medaille des BdV ausgezeichnet.

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius würdigte Vogler als herausragende Persönlichkeit, die sich über Jahrzehnte hinweg mit großem Engagement für Verständigung, kulturellen Austausch und die Belange der Heimatvertriebenen eingesetzt hat. Der 1931 im süd-mährischen Leiptertitz Geborene habe aus dem eigenen Schicksal des Heimatverlusts eine Lebensaufgabe gemacht: den Brückenbau zwischen den Völkern – insbesondere im deutsch-tschechischen Verhältnis.

Fabritius zählte die höchsten Stationen von Voglers Wirken auf, darunter auch seine Zeit als BdV-Vizepräsident sowie sein Engagement als Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung, die er in eine fünfjährige Bundesförderung geführt hatte. Die Verleihung der Wenzel-Jaksch-Medaille greife Voglers jahrzehntelanges Wirken im Sinne der Charta der deutschen Heimatvertriebenen auf – für Recht, Freiheit und europäische Verständigung.



© BdV

Mit der Verleihung der Wenzel-Jaksch-Medaille an Reinfried Vogler (M.) im Anschluss an die Bundesversammlung würdigte der Bund der Vertriebenen das besondere Engagement eines Menschen, der sich zeitlebens in zahlreichen Ämtern und Funktionen für die Belange der Vertriebenen eingesetzt hat.

2. Aufnahme und Integration

2.1 Spätaussiedler

2.1.1 Statistik

Von Beginn an bildet das Bemühen um eine rasche Eingliederung in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik Deutschland und das sozialpolitische und caritative Engagement den eindeutigen Schwerpunkt der Tätigkeiten. Von den rund 100.000 ehrenamtlich tätigen Frauen und Männern sind daher die meisten in der sozialen Beratung und Betreuung tätig.

Im Jahr 2024 wurden laut Statistik des Bundesverwaltungsamtes (BVA) insgesamt 4.328 Spätaussiedler und Angehörige in der für die Registrierung von Spätaussiedlern zuständigen Außenstelle des BVA in Friedland (Niedersachsen)

registriert. Gegenüber dem Jahr 2023 waren das 2.328 Personen weniger.

Der Zuzug findet überwiegend aus der Russischen Föderation (2.397) und Kasachstan (1.549), gefolgt von der Ukraine (131), Kirgistan (99) und Belarus (61) statt. Nur vereinzelt werden noch Personen aus der Europäischen Union (ehem. CSFR 1) aufgenommen.

Im Jahre 2024 stellten 6.816 Personen einen Aufnahmeantrag. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Reduzierung von 1.702 antragstellenden Personen. Das BVA hat im Jahre 2024 Aufnahme- und Einbeziehungsbescheide für 5.906 Personen erteilt. 2023 lag die Zahl der positiven Bescheide bei 5.306.

2.1.2 Bewertung und Lösungsansätze

Die Anzahl der eingereisten Personen nahm gegenüber dem Jahr 2023 um ein Drittel ab, wobei sich der Zuzug von Menschen aus der Ukraine 2024 weiterhin reduziert hat. Dies mag im Wesentlichen damit zusammenhängen, dass die Deutschen in der Ukraine den bürokratischen Aufwand im Rahmen des Antragsverfahrens in Kriegszeiten nicht bewältigen können bzw. wegen der Wohnsitzfristen abgelehnt wurden. Die Deutschen in Russland klagen über Schwierigkeiten bei der Erledigung der Einreiseformalitäten in den deutschen konsularischen Vertretungen.

Ende 2023 hatte der Gesetzgeber durch Änderung des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) den Auftrag erteilt, über eine Rechtsverordnung die Aufnahmesituation für Spätaussiedlerbewerber aus der Ukraine zu verbessern. Ihr Aufnahmerecht nach dem BVFG sollte nicht wegen der Überschreitung von Wohnsitzfristen verloren gehen. Anfang August trat die sogenannte „Kriegsbedingte Wohnsitzfortgeltungsverordnung“

(KrWoFGV) in Kraft. Durch Einführung einer Wohnsitzfiktion wird Spätaussiedlerbewerbern aus der Ukraine die Möglichkeit eingeräumt, ohne Verlust des Aufnahmerechts nach dem Krieg wieder in die Ukraine zurückzukehren und von dort aus einen Antrag zu stellen oder in Deutschland zu verbleiben und innerhalb von zwei Jahren nach Einreise in Deutschland den Antrag im Härteverfahren zu stellen.

Der BdV hatte die Erleichterungen begrüßt, zugleich aber kritisiert, dass die Regelung hinsichtlich der Deutschen aus der Ukraine, die nicht in Deutschland, sondern in einem anderen Land der EU Zuflucht vor dem Krieg gesucht haben, keine Anwendung findet. Sie können sich auf die Wohnsitzfiktion nicht berufen und verlieren ihr Aufnahmerecht nach dem BVFG, wenn sie länger als sechs Monate ihren Wohnsitz in der Ukraine nicht aufrechterhalten. Der BdV wird sich weiter dafür einsetzen, diese Gerechtigkeitslücke zu schließen, damit Menschen aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, ihre Rechte nicht verlieren.

2.2 Projekte, Beratung, Haupt- und Ehrenamt

2.2.1 Projektbetreuung und Koordinierung

Der BdV ist im Rahmen der Projektförderung des Bundes für die Integration von Zuwanderern Ansprechpartner des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als Zuwendungsbehörde und partizipiert an öffentlichen Mitteln im Rahmen des Projekts Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE).

Die Bundesgeschäftsstelle leitet in ihrer Funktion als Zentralstelle die Mittel an die Mitgliedsverbände vor Ort weiter, die die bewilligten Beratungseinrichtungen betreiben. Die Bundesgeschäftsstelle leistet im Rahmen der Projektförderung Hilfe bei der organisatorischen Durchführung, übernimmt die Steuerung des Antrags- und Zuwendungsverfahrens, die

Weiterleitung der Mittel zur Bewirtschaftung der geförderten Projekte und Prüfung bzw. Erstellung der Verwendungsnachweise.

Darüber hinaus koordiniert die Bundesgeschäftsstelle die Projektförderung und begleitet Evaluationsmaßnahmen. In

regelmäßigen Runden mit dem Zuwendungsgeber (BAMF) und den Zentralstellen der anderen MBE-Zuwendungsempfänger wird der notwendige Austausch laufend sichergestellt. Weiterhin werden Schulungen für Ehrenamtliche im Bereich Integration von der Bundesgeschäftsstelle durchgeführt bzw. an Mitgliedsverbände vermittelt.

2.2.2 Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE)

Für die Beratung von Spätaussiedlern und anerkannten Zuwanderern durch die Mitgliedsverbände erhielt der Verband im Jahre 2024 eine Zuwendung aus Haushaltsmitteln des BMI über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Damit wurde die Tätigkeit von 34 hauptamtlichen und 208 ehrenamtlichen Betreuern in der Integrationsarbeit bezuschusst.

Die 34 hauptamtlichen Migrationsberater (MBE-Berater), teilweise in Teilzeit, initiieren, steuern und begleiten den Integrationsprozess von neu zugewanderten Spätaussiedlern, ihren Familienangehörigen, Migranten sowie ausländischen Mitbürgern mit Integrationsbedarf und stehen ihnen für alle Fragen des täglichen Lebens zur Seite. Die MBE-Berater des BdV sind sozialpädagogische Fachkräfte, deren Qualifikation gesondert vom BAMF überprüft wird. Sie beraten schwerpunktmäßig im Case-Management-Verfahren.

Im Berichtszeitraum wurden rund 8.120 Personen beraten. Hinzu kommen noch rund 5.200 mitberatene Familienangehörige. Knapp ein Drittel der Ratsuchenden sind Spätaussiedler und ihre Familienmitglieder; sie kamen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Die übrigen Klienten sind Flüchtlinge aus der Ukraine, aus Syrien, Afghanistan und diversen afrikanischen Staaten sowie EU-Bürger, vor allem aus Rumänien und Bulgarien.

Arbeits- und Abstimmungsgespräche

Der BdV unterhält bundesweit 22 feste Beratungsstellen. Diese befinden sich in Aichach, Bad Homburg, Berlin, Bonn, Dresden, Eberswalde, Haldensleben, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Leipzig, Melsungen, München, Regensburg, Schönebeck, Stuttgart, Wiesbaden und Zwickau. Hinzu kommen mobile Beratungsstandorte an rund 15 weiteren Standorten, die von den Migrationsberatern mitversorgt werden.

Um die Aufgabe der Migrationsberatung als Zentralstelle für die Träger wahrzunehmen, führt die Bundesgeschäftsstelle regelmäßig Arbeitsgespräche mit den Migrationsberatern durch. In den Sitzungen werden die Vorgaben des Zuwendungsgebers kommuniziert und anhand der Förderrichtlinie nachvollzogen, die Inhalte der täglichen Arbeit in den Beratungsstellen erörtert und den Mitarbeitern grundlegende Informationen vermittelt, die der täglichen Arbeit dienen. Zu den Arbeitsgesprächen werden punktuell Experten, etwa aus Verwaltungen oder dem BAMF, hinzugeladen, die zu relevanten Themen vortragen.

Im Berichtszeitraum fanden drei Arbeitsgespräche statt, davon eines in Präsenz in Bonn sowie zwei online als Videokonferenz. Die jährlichen Arbeitsgespräche fußen auf zwei Grundsätzen: zum einen sollen durch Fachvorträge externer Referenten integrationsrelevante Themen aufgefrischt und ein einheitlicher Wissensstand hergestellt werden, zum anderen soll den Beratern die Möglichkeit gegeben werden, im direkten freien Austausch mit der Zentralstelle alle Probleme, die sie vor Ort in ihrem Wirkungsbereich haben, anzusprechen und im kollegialen Austausch zu klären.

Die Fachvorträge des MBE-Arbeitsgesprächs in Bonn waren breit gefächert. So referierte ein Fachanwalt zum Thema „Verwaltungsrecht mit Fokus auf Aufenthalts- und Asylrecht, Familienzusammenführung und Sozialrecht“. Der Referent, bundesweit im gesamten Bereich des Migrationsrechts sowie als Strafverteidiger tätig, bot einen strukturierten Überblick zu relevanten Neuerungen und Entwicklungen im Ausländerrecht. Besondere Beachtung schenkte er dem sogenannten „Spurwechsel“ und der damit einhergehenden Änderung des Aufenthaltstitels, dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz, dem Chancen-Aufenthaltsrecht in der Beratungspraxis sowie den neuen gesetzlichen Regelungen bei der Einbürgerung. Einen verwandten und doch völlig anderen Aspekt beleuchteten zwei Referenten des Jobcenters Bonn: Sie konzentrierten sich im Wesentlichen auf die Neuerungen im Bereich des Sozialgesetzbuches (SGB) II, die das Bürgergeld mit sich gebracht hat. Die für Bonn zuständige Regional Koordinatorin des BAMF erläuterte anschließend den umfassenden Aufgabenbereich des BAMF, hob die Relevanz der Beratung für Zugewanderte hervor und verknüpfte die zahlreichen Aspekte, die man rund um den Integrationsprozess mitdenken und berücksichtigen muss. Die sich – wie auch bei den vorherigen Fachvorträgen – anschließende Gesprächs- und Fragerunde nutzten die Teilnehmer ausgiebig. So kamen u.a. Weiterleitung an die Regeldienste, Kapazitätsgrenzen der Beratung oder Finanzierung des MBE-Projekts zur Sprache. Auch die gewohnten individuellen Fortbildungen für die Berater zu beratungsspezifischen Themen wurden im Berichtszeitraum angeboten. Neben den Koordinierungsaufgaben innerhalb des Verbandes nimmt die Zentralstelle des BdV an den Trägergesprächen mit dem BAMF und Abstimmungsgesprächen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (BAGFW)



teil. Hierzu finden regelmäßig Quartalsgesprächsrunden zu Umsetzung und Weiterentwicklung des MBE-Programms statt. Im Berichtszeitraum nahm die Zentralstelle an allen drei Trägergesprächen mit dem BAMF teil – in Frankfurt am Main, in Berlin und einmal als Videokonferenz.

Der auf Betreiben des BAMF im Berichtszeitraum begonnene Reform- und Fokussierungsprozess unter dem Oberbegriff der „Weiterentwicklung der MBE“ dauert noch an. Sowohl die verbändeübergreifenden Abstimmungen als auch jene mit BAMF und BMI nahmen viel Zeit in Anspruch und banden Arbeitskapazitäten. Die Scharnierfunktion zwischen den Ebenen des Zuwendungsgebers und jener der Beratungseinrichtungen vor Ort, die die Zentralstelle innehat, war im Berichtszeitraum besonders intensiv gefragt, um die schrittweisen Reformen den MBE-Beratern zu vermitteln und auf deren Umsetzung zu achten.

mbeon

Auch im Jahr 2024 nahm der BdV-Bundesverband mit seinen MBE-Trägern am überverbandlichen Onlineberatungstool mbeon teil. Besonderes Augenmerk galt der Verankerung der Onlineberatung im Beratungsalltag, der Vertiefung der Kenntnisse im Bereich der Onlineberatung sowie der Weiterentwicklung des Beratungssystems. Es fanden Austauschrunden mit anderen Onlineberatung anbietenden Verbänden sowie Hilfsportalen für Migranten statt, um sich über den Sachstand zu informieren sowie Erfahrungen über die Nutzung bestimmter Funktionen, wie Videotelefonie, auszutauschen.

Die Onlineberatung über mbeon ist ein nicht mehr wegzudenkender Teil des Beratungsgeschehens geworden. Berater nutzen das Tool, um ihre Beratungstätigkeit flexibler und effizienter zu gestalten. Durch das sog. Blended Counselling können sie individueller auf die Bedürfnisse der Ratsuchenden eingehen und ihren Ansprüchen gerecht werden. Mit der App ist ein niedrigschwelliger Zugang zur MBE sichergestellt. Über den Erstkontakt hinaus bietet mbeon eine kontinuierliche Begleitung zwischen den Präsenzterminen sowie die Möglichkeit einer ausschließlichen digitalen Beratung. Dadurch wird eine ortsunabhängige Beratung möglich, wodurch beide Seiten Zeit sparen.

Innerverbandlich wird das mbeon-Projekt von einer Sachbearbeiterin gesteuert, die sowohl nach innen als auch nach außen die projektbezogene Kommunikation übernimmt. Die mbeon-Verbände arbeiten weiterhin eng zusammen und stimmen sich über wichtige das Tool betreffende Neuerungen sowie Inhalte ab. Hierzu werden in regelmäßigen Abständen Austauschrunden sowie Workshops organisiert.

Das BAMF als zuständige Bewilligungsbehörde lädt alle MBE-Trägerverbände zu turnusmäßigen Beiratssitzungen „Onlineberatung“ ein. Ziel dieses Gremiums ist der regelmäßige Austausch relevanter Informationen und Erfahrungen. Um einen Wissenstransfer und kollegialen Austausch zu ermög-



© BdV

Einblick in das vielfältige Tagungsprogramm mit fachspezifischen Vorträgen und Räumen für Erfahrungs- und Wissensaustausch.

lich, fanden verbandsübergreifende Webinare statt. Im Rahmen eines zweitägigen Webinars zu Grundlagen der Onlineberatung wurden den Teilnehmern grundlegende Inhalte der digitalen Beratungsarbeit vermittelt. Anhand von konkreten Fallbeispielen aus der Beratungspraxis via mbeon sind besonders herausfordernde Anfragen erst in Kleingruppen und danach im Plenum besprochen worden. Die Berater konnten auf diese Weise diverse Ansätze kennenlernen, Erfahrungen austauschen und gemeinsam Strategien für die Bearbeitung von mbeon-Anfragen entwickeln. Praxisnahe Beispiele ermöglichten einen realitätsnahen Wissenstransfer und stärkten das Bewusstsein der Beratungsfachkräfte im Umgang mit schwierigen Anfragen sowie mit Anfragen außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der MBE.

Während eines Vertiefungsseminars, der den Wissensaustausch zwischen erfahrenen und nichterfahrenen Beratungskräften zum Ziel hatte, wurden virulente Themen aus dem digitalen Beratungsalltag besprochen. Verbandsübergreifende Angebote schätzen MBE-Berater sehr, da sie auf diese Weise mit Beratern unterschiedlicher Verbände ins Gespräch kommen und Erfahrungen austauschen können.

Die Onlineberatung hat sich neben der Präsenz-, Telefon- und E-Mail-Beratung innerhalb kurzer Zeit als fester Beratungskanal in der Beratungspraxis etabliert und ergänzt das Beratungsangebot sinnvoll. Statistisch gesehen wird mbeon insbesondere für kurze Informationsanfragen eingesetzt. Dabei kommt es in Einzelfällen vor, dass sich aus einer reinen Informationsanfrage ein komplexes Beratungsanliegen entwickelt.

Mbeon ist ein wichtiges, niedrigschwelliges Angebot, welches die Erreichbarkeit der MBE über die Öffnungszeiten hinaus erweitert. Monatlich meldeten sich durchschnittlich 580 neue Ratsuchende bei mbeon an. Das monatliche durchschnittliche Nachrichtenaufkommen lag bei zirka 8.200. Der mbeon-Messenger wird vorrangig für den Versand von Nachrichten verwendet. Dokumente wie PDF- und JPG-Dateien sowie Sprachnachrichten stellen eher die Ausnahme dar.

2.2.3 Ehrenamtliche Betreuung

Der BdV verfügt bereits seit Jahrzehnten über ein effektives, bundesweites Netz von ehrenamtlichen Betreuer*innen, das eng mit den Gliederungen des Verbandes auf Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene sowie vor allem mit den hauptamtlichen MBE-Beratern vor Ort in den Kommunen verzahnt ist.

Die 208 durch das BAMF bezuschussten Ehrenamtlichen im BdV betreuten im Berichtszeitraum bundesweit 11.793 Personen. Allein der nachgewiesene Betreuungsaufwand betrug über 25.630 Stunden.

Wie in den Vorjahren auch hatte ein Großteil der ehrenamtlichen Betreuer Wurzeln in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die Ehrenamtlichen bieten ihre Hilfe den unterschiedlichen Zielgruppen der Migrationsberatung, besonders aber den Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen an. Aufgrund der eigenen Aussiedlungsgeschichte, der jahrelangen Erfahrung in der ehrenamtlichen Arbeit, der guten Kontakte am Wohnort und der Empathie mit den Anliegen der Ratsuchenden können sie auch in schwierigen Situationen Lösungsansätze aufzeigen.

Hilfe und Solidarität ist allen Ratsuchenden sicher, wenn es darum geht, für jemanden ein amtliches Schreiben zu übersetzen oder zu erläutern, jemanden zum Amt, zum Arzt, zur Apotheke oder zum Einkaufen zu begleiten, einen Antrag oder Widerspruch zu formulieren, das Kind in der Schule oder im Kindergarten anzumelden oder Hilfe bei einer Suchtberatungs-

stelle oder der Verbraucherzentrale zu vermitteln. Durch gleiches Schicksal verbunden, entwickeln die Ratsuchenden schnell Vertrauen in die Betreuer und treffen häufig auch auf sprachlich kompetente und empathische Menschen. Im Wohnumfeld entwickeln sich häufig gute Beziehungen, die dazu führen, dass betreute Spätaussiedler später selbst zu Betreuern werden und damit die ihnen entgegengebrachte Hilfe zurückgeben.

Beim BdV und seinen bis in die untersten regionalen Gliederungen greifenden Strukturen finden Interessierte, die für die Ausübung des Ehrenamtes notwendigen Rahmenbedingungen: Anbindung an feste Strukturen, in denen man auf Gleichgesinnte trifft, Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch und zur Entwicklung von Problemlösungsstrategien, Anerkennung für geleistete Arbeit im öffentlichen und persönlichen Bereich sowie Informationsaustausch allgemeiner Art, aber auch etwa zu Fortbildungen und Qualifizierungen. Der Bedarf an ehrenamtlicher Arbeit im Integrationsbereich ist als flankierende Maßnahme zu den vielfältigen Integrationsprogrammen des Bundes, der Länder und Kommunen erheblich.

Die ehrenamtlichen Betreuer, die schon seit Jahren soziale Hilfestellung und Betreuung leisten, wurden durch Schreiben und in Veranstaltungen aufgefordert kooperieren mit der hauptamtlichen Migrationsberatung, indem sie die Neuzuwanderer über die bundesgeförderte Migrationsberatung (MBE) informieren, sie dort hinführen und eine Funktion als Integrationslotse übernehmen.

2.2.4 Seminare für Multiplikatoren im Ehrenamt

Zur Qualitätssicherung der ehrenamtlichen Betreuung bietet die Bundesgeschäftsstelle in der Regel jährlich mindestens eine Multiplikatorenschulung für Ehrenamtliche an. Mit der Tagung bietet die Zentralstelle jährlich eine gut angenommene Plattform für Erfahrungs- und Wissensaustausch.

Im Berichtszeitraum fand die Tagung im Dezember 2024 im Rahmen einer Präsenzveranstaltung in Berlin statt. Das Ziel der diesjährigen Tagung war, das Ehrenamt mit der hauptamtlichen MBE noch besser zu vernetzen und die gegenseitige Arbeit zu ergänzen. In Berlin zählt der BdV-Bundesverband vier MBE-Beratungsstellen mit insgesamt sieben hauptamtlichen MBE-Beratern, von denen einige ebenfalls an der Tagung teilnahmen.

Die Teilnehmer kamen aus dem gesamten Bundesgebiet. Neben allgemein relevanten Themen, die gemeinsam besprochen wurden, hörten die Teilnehmer Fachvorträge diverser Experten. Zu Beginn nutzte Marc-P. Halatsch, Generalsekretär des BdV-Bundesverbandes, die Gelegenheit, die ehrenamtli-

chen Betreuer persönlich zu begrüßen und sich für ihr Engagement zu bedanken. In seinem anschließenden Vortrag hob er die Bedeutung des Ehrenamtes für das gesellschaftliche Klima sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt hervor. Im zweiten Teil sprach er über den BdV – seine Geschichte, Aufgaben und Ziele.

Die Ansprechperson des Berliner Senats für Spätaussiedler, Walter Gauks, knüpfte an die Inhalte der begleitenden Wanderausstellung an und ging auf die Aufnahme sowie die Arbeitsmarktintegration der Spätaussiedler im Land Berlin ein. Er zeigte den Teilnehmern anschaulich die Abgrenzungen und Eckwerte unterschiedlicher Definitionen des Begriffes „Migrationshintergrund“ und verortete die Menschen, die als Spätaussiedler nach Deutschland migrierten in dieser Vielfalt definitorischer Ansätze. Er thematisierte die wohlbekannte Situation mit nicht anerkannten Berufsabschlüssen und damit einhergehender Tätigkeit im Niedriglohnsektor unter den Spätaussiedlern. Daran anknüpfend stellte Dr. Vincent Regente von der Deutschen Gesellschaft die Ergebnisse einer Bedarfsanalyse vor, die darauf abzielte, Perspektiven, Heraus-

forderungen und Wünsche in Bezug auf die Arbeitsmarktsituation dieser Personengruppe herauszuarbeiten und anhand der Ergebnisse bedarfsorientierte Angebote zu implementieren.

Zwei Referenten des Jobcenters Berlin Marzahn-Hellersdorf beleuchteten anschließend in ihrem Vortrag die wichtigsten Eckwerte des Bürgergeldes, die insbesondere bei der Berechnung des Regelsatzes von Bedeutung sind. Das für Spätaussiedler laufend relevante Thema der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse beleuchtete Svetlana Müller, Referentin für Anerkennung bei der Handwerkskammer Berlin. Sie zeigte den Teilnehmern praxisnah, wie ein Anerkennungsverfahren im Rahmen von nicht reglementierten Berufen aussieht. Des Weiteren erläuterte sie verständlich den Unterschied zwischen reglementierten und nicht-reglementierten Berufen und gab den Teilnehmern einen Überblick über die unterschiedlichen Stellen, die für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse zuständig sind. Gleichzeitig betonte sie stets die Zuständigkeiten zu beachten: Im föderalistisch

aufgebauten Deutschland werden viele Berufe von Ländern und nicht vom Bund geregelt.

Den Abschluss der Tagung bestritt die Leiterin des Referats Eingliederung und Recht/Zentrale Aufgaben im BdV-Bundesverband, Gisela Schewell. Das Ziel ihres Vortrags lag darin, die Teilnehmer über die Folgen der am 15. August 2024 in Kraft getretenen Verordnung zur kriegsbedingten Wohnsitzfortgeltungsverordnung für die potenziellen Antragsteller zu informieren.

Es ist dem BdV ein Anliegen, besonders spätaussiedlerspezifische Themen in diese Tagungen einzubringen, da die Spätaussiedler gerade für den BdV eine wichtige Zielgruppe der Migrationsberatung sind. Informationsfluss und regelmäßiger Kontakt zu den Ehrenamtlichen wurde zusätzlich durch das Format des fachspezifischen Newsletters gewährleistet. Mit sechs Newslettern wurden die Ehrenamtlichen im Berichtszeitraum erreicht und konnten auf den jeweils neuesten Stand hinsichtlich sozial- und rechtspolitischer Themen gebracht werden.

3. Wanderausstellungen

3.1 Zusammenfassung des Ausstellungsjahres

Der Bund der Vertriebenen führte im Jahr 2024 die Präsentation der Wanderausstellungen der Stiftung **ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN (ZgV) „Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“, „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“, „Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland“, „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“, „In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955“, „Vertriebene in Hessen“ sowie „Stillgeschwiegen! – Die Vertriebenen in der SBZ und DDR“ fort. Gefördert wurden die Ausstellungspräsentationen durch das Bundesministerium des Inneren und für Heimat aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.**

Im Frühjahr 2024 wurde die nunmehr sechste Wanderausstellung „Stillgeschwiegen! – Die Vertriebenen in der SBZ und DDR“ der Öffentlichkeit präsentiert und ging danach unverzüglich auf „Wanderschaft“, insbesondere durch die östlichen Bundesländer Deutschlands. Der ZgV-Vorsitzende, Dr. Christean Wagner, eröffnete die inhaltliche Erweiterung, die sich einem seit Jahrzehnten tabuisierten Thema widmet, gemeinsam mit BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius und dem damaligen Ostbeauftragten der Bundesregierung, Staatsminister Carsten Schneider MdB. Die Nachfrage nach der neuen Ausstellung war groß, sodass eine zweite, leichter handhabbare Version erstellt wurde.

Alle Ausstellungen enthalten wichtige Informationen zur



„Stillgeschwiegen“ heißt die neue Ausstellung, die hier vom Vorstandsvorsitzenden der Stiftung, Dr. Christean Wagner, eröffnet wird.

© BdV

Geschichte und zum Schicksal eines Teils der Deutschen. Sie werden dem Betrachter und Leser in moderner und komprimierter Form an Orten dargeboten, die grundsätzlich öffentlich zugänglich und kostenfrei zu betreten sind. Damit kann auch ein Publikum erreicht werden, das diese Informationen nicht gezielt sucht, sondern durch die Präsenz der Ausstellungen vor Ort damit konfrontiert wird.

2024 waren „Angekommen“ 191 Tage, „In Lagern“ 47 Tage, „Erzwungene Wege“ 89 Tage, „Verschwunden“ 39 Tage, „Vertriebene in Hessen“ 1 Tag und „Stillgeschwiegen!“ 287 Tage in Ausstellung. „Die Gerufenen“ konnte im Jahr 2024 nicht verliehen werden.

„Erzwungene Wege“ gastierte in Sindelfingen und Falkenberg/

Elster, „Angekommen“ in Sindelfingen, Leutkirch im Allgäu und Schwedt/Oder, „Verschwunden“ in Sonneberg, „In Lagern“ in Sindelfingen und „Stillgeschwiegen“ in Berlin, Hoyerswerda, Niesky, Perleberg und Seelow. An den stattgefundenen Stationen konnten gelungene Ausstellungseröffnungen durchgeführt werden, in denen Vertreter des Bundesverbandes, Vertreter der Kommunalpolitik und Vertreter der örtlichen Verbandsarbeit einführende Reden bzw. Grußworte hielten.

In Zusammenarbeit mit dem im März 2024 wiedereröffnetem Haus der Donauschwaben ist es dem BdV gelungen, über das Jahr verteilt drei Ausstellungen zu präsentieren. Die Ausstellungen stießen auf positive Resonanz bei den Besuchern. Neben organisierten Führungen und spontanen Besuchern aus der Umgebung, wurden auch Gäste aus Bayern, Ungarn und Österreich empfangen. Raimund Haser MdL, Vorsitzender des Hauses der Donauschwaben und BdV-Vizepräsident eröffnete gemeinsam mit Vertretern der Kommunalpolitik die Ausstellungen mit Grußworten.

Des Weiteren sind im Jahr 2024 insgesamt drei verständigungspolitische Begleitveranstaltungen (siehe Punkt „Verständigungspolitische Begleitveranstaltungen“) realisiert worden. Eine fand im Rahmen der Ausstellungspräsentation von „Stillgeschwiegen! – Die Vertriebenen in der SBZ/DDR“ in Berlin, eine weitere im Rahmen der Ausstellung „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung in Europa des 20. Jahrhunderts“ in Falkenberg/Elster und eine dritte im Rahmen der Präsentation von „Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland“ in Schwedt/Oder statt.

Die Verankerung des Themas im gesellschaftlichen Bewusstsein ist eines der wesentlichen Ziele. Erreicht werden diese durch Wissensvermittlung, generationsübergreifenden Dialog und mit Hilfe verschiedener Zusatzmodule, die die Flucht und Vertreibung betroffener Menschen bildlich und geografisch veranschaulichen.

Gleichzeitig sollen die Ausstellungen vor allem an die junge Generation appellieren, sich für Menschenrechte und ein friedliches Miteinander in Europa einzusetzen. Hierfür ist ein Mindestkonsens über bzw. eine Akzeptanz jeweils unterschiedlicher, auch kulturell geprägter Geschichtsbilder nötig. Die sechsteilige Ausstellungsreihe ist ein gutes Mittel, um den Unterricht abwechslungsreicher zu gestalten und ein wichtiges Thema deutscher sowie europäischer Geschichte zu behandeln, welches leider nur in zwei Bundesländern im Kern-Curriculum des Geschichtsunterrichts zu finden ist. Das Thema muss jedoch stärker in das öffentliche Bewusstsein rücken, damit vorhandene Wissenslücken geschlossen werden können.

Die Wanderausstellungen vermitteln anschaulich, wie die Völker und Staaten durch ihre Geschichte miteinander verbunden sind. Angesichts der aktuellen Lage sind die Themen der Wanderausstellungen aktueller denn je. Auch im 21.



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius (l.) im Gespräch mit dem damaligen Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, Carsten Schneider MdB, bei der Ausstellungseröffnung.

Jahrhundert – 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges – sind weltweit Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg und Gewalt. Die Inhalte der Ausstellungen sensibilisieren für ein tolerantes und friedliches Miteinander. Deutlich wird dabei auch, dass auch Deutsche ein (Binnen-) Flüchtlingsschicksal erleiden mussten.

Mit den Wanderausstellungen ist sichergestellt, dass auch zukünftig die Informationsvermittlung über das facettenreiche deutsche Leben in den früheren Siedlungsgebieten, die Geschichte und Kultur der Deutschen im östlichen Europa und über den sich der Vertreibung aus diesen und anderen Gebieten ergebenden Folgen für Deutschland bzw. Europa am Leben und in Erinnerung gehalten wird. Sie sind ein notwendiges, leicht verständliches und anschauliches Mittel, um auch verständigungspolitisch auf der Ebene von Mensch zu Mensch zu wirken.

Völker und Staaten durch die Geschichte miteinander verbunden sind. Zudem wird mit Blick auf die aktuelle Flüchtlingsproblematik für ein tolerantes, friedliches Miteinander sensibilisiert. Deutlich wird auch, dass auch Deutsche ein (Binnen-) Flüchtlingsschicksal erleiden mussten.

Mit den Wanderausstellungen ist sichergestellt, dass auch zukünftig die Informationsvermittlung über das facettenreiche deutsche Leben in den früheren Siedlungsgebieten, die Geschichte und Kultur der Deutschen im östlichen Europa und über den sich der Vertreibung aus diesen und anderen Gebieten ergebenden Folgen für Deutschland bzw. Europa am Leben und in Erinnerung gehalten wird. Sie sind ein notwendiges, leicht verständliches und anschauliches Mittel, um verständigungspolitisch auf der Ebene von Mensch zu Mensch zu wirken.

3.2 Stationen der Ausstellungen

Erzwungene Wege –

Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts

Aula – Verwaltungsstandort Falkenberg/Elster

Heinrich-Zille-Straße 9a, 04895 Falkenberg/Elster
21. August 2024 bis 1. Oktober 2024

Haus der Donauschwaben e.V.

Goldmühlenstraße 30, 71065 Sindelfingen
15. Oktober 2024 bis 2. Dezember 2024

Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland

Haus der Donauschwaben e.V.

Goldmühlestraße 30, 71065 Sindelfingen
1. März 2024 bis 2. Juni 2024

Museum im Bock

Gänsbühl 9, 88299 Leutkirch im Allgäu
25. Juni 2024 bis 15. August 2024

Rathausgalerie Schwedt/Oder

Dr. Theodor-Neubauer-Straße 5, 16303 Schwedt/Oder
20. August 2024 bis 6. Oktober 2024

Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt

Landratsamt Sonneberg

Bahnhofstraße 66, 96515 Sonneberg
12. Juni 2024 bis 21. Juli 2024

In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955

Rathaus Sindelfingen

Rathausplatz 1, 71063 Sindelfingen
16. Oktober 2024 bis 2. Dezember 2024

Stillgeschwiegen! –

Die Vertriebenen in der SBZ und DDR

DDR Museum – Konferenzsaal

Sankt Wolfgang Straße 2-4, 10178 Berlin
6. März 2024 bis 20. April 2024

Rathaus Hoyerswerda

S.-G.Frentzel-Straße 1, 02977 Hoyerswerda
1. Mai 2024 bis 2. Juli 2024

ehem. Holzkonsum

Konrad-Wachsmann-Str. 32, 02906 Niesky
4. Juli 2024 bis 30. September 2024

Lotte-Lehmann-Akademie

Großer Markt 12, 19348 Perleberg
30. Oktober 2024 bis 30. März 2025

Landratsamt Märkisch-Oderland

Puschkinplatz 12, 15306 Seelow
31. Dezember 2024 bis 28. April 2025



Ehrengäste bei der Ausstellungseröffnung von „Stillgeschwiegen“ im Konferenzraum des DDR-Museums in Berlin.

4. Grundsatzfragen, Jugendarbeit, Zeitzeugen

4.1 Grundsatzfragen

Für den Bereich Grundsatzfragen war der Schwerpunkt im Berichtszeitraum erneut die thematische und inhaltliche Vor- und Nachbereitung der Gremiensitzungen und Verbandsveranstaltungen. Hierzu zählen 2024 in Auswahl die Bundesausschusssitzung, die Bundesversammlung, die Präsidiumssitzungen, die zentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat in Berlin, der Jahresempfang sowie die Verleihung der Wenzel-Jaksch-Medaille des Bundes der Vertriebenen an Reinfried Vogler, Ehrenvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen sowie langjähriger Präsident der Bundesversammlung der Sudeten-deutschen Landsmannschaft und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen.

Es wurden laufend Stellungnahmen, Positionspapiere und Vermerke verfasst. Diese sind für das Präsidium, aber auch für die Arbeitsabläufe und Erledigung von laufenden Vorgängen in der Bundesgeschäftsstelle von Bedeutung. Die Zuarbeit zu internen und öffentlichen Reden des Präsidenten erfolgt gleichfalls laufend. Die gefertigten Stellungnahmen und Vermerke bilden die Schwerpunkte der öffentlichen sowie nicht-öffentlichen Reden, Ansprachen, Vorträge und Grußworte.

Das galt auch für die Gedenkstunde am Nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni, wo der BdV-Präsident traditionell das Schlusswort spricht. Auch hier zeichnete die Bundesgeschäftsstelle inhaltlich für die Vorbereitung verantwortlich.

Im Berichtszeitraum wurde eine Vielzahl an Anfragen und Informationswünschen bearbeitet, die an den Verband herangetragen wurden. Die Bundesgeschäftsstelle nimmt diesbezüglich eine Schnittstellenfunktion wahr und sichert unter anderem auch die Kommunikation mit und unter den Mitgliedsverbänden.

Verbandsinterne Korrespondenz, die sich mit den Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler oder Fragen zur Geschichte der Vertriebungs- und Herkunftsgebiete befassten, obliegt federführend ebenfalls dem Bereich Grundsatzfragen. An den BdV herangetragene Vorschläge oder Forderungen wurden für die Gremienarbeit bzw. die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle mit sachlichen Empfehlungen unterfüttert, um die Entscheidungsfindung der Gremien zu erleichtern.

Konstanter Arbeitsschwerpunkt im Bereich Grundsatzfragen ist die Gewährleistung von Aktualität bei gleichzeitiger Kontinuität in der gesellschaftlichen und politischen, inneren und äußeren Positionierung des BdV. Das politische Geschehen, sowohl im Inland als auch im Ausland, wurde an den Zielsetzungen und Aufgaben des Verbandes gespiegelt, um so möglichst viele Aktionswege zu erhalten.

Relevante politische Veränderungen in den östlichen Nachbarländern sowie den Ländern mit deutscher Minderheit in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa werden zeitnah eingeordnet, um dem Bundesverband und seinen Mitgliedern wichtige Entscheidungshilfen zur Gestaltung der grenzüberschreitenden Arbeit in und mit diesen Ländern zu liefern. Vor dem Hintergrund des fortdauernden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine erlangte die Situation der deutschen Minderheiten in beiden Ländern herausgehobene Bedeutung. Aufgabe und Zielvorgabe des Bereichs Grundsatzfragen ist die Ausschöpfung des gesamten Arbeitsrahmens, um die Themen und zu verabschiedenden Beschlüsse der Gremiensitzungen stringent vorzubereiten und deren Umsetzung zu begleiten. Der Bereich fungiert als wesentliche Schnittstelle zwischen den Beschlüssen der Gremien und deren Implementierung in die allgemeine Verbandsarbeit. Naturgemäß ist dafür eine enge Abstimmung mit sämtlichen weiteren Arbeitsbereichen nötig.

4.2 Jugendarbeit

Die Jugendarbeit des Bundesverbandes umfasst koordinierende, unterstützende und beratende Maßnahmen für die Jugendverbände der Landsmannschaften sowie ihrer Zusammenarbeit mit der „djo – Deutsche Jugend in Europa“, in welcher die Jugendverbände der Landsmannschaften z.T. Mitglied sind.

Ein verstärkter Austausch fand im Berichtszeitraum erneut mit den Vertretern der Jugendverbände der deutschen Minderheiten aus den osteuropäischen Nachbarländern statt. Ziel

ist, vergleichbar zu der kontinuierlichen Ansprache der Jugendverbände in Deutschland, über klassische und neue Kommunikationswege verstärkt Jugendliche zur Teilnahme an zentralen Veranstaltungen des BdV zu motivieren. Sichtbarmachung der eigenen Bindungen an die Generationen der Eltern und Großeltern ist Teil der Jugendarbeit der Verbände. Der Dialog mit den Vertretern der Verbände der deutschen Minderheiten ist überaus förderlich, um den grenzüberschreitenden Ansatz der Arbeit des Verbandes zu vertiefen. Daher wurden im Zuge der verständigungspolitischen Arbeit im

Umfeld der Großveranstaltungen Gespräche mit den Jugendverbändevertretern geführt. Dabei stand vor allem der Gedanke der Völkerverständigung sowie eine noch bessere Zusammenarbeit im Fokus.

In einem festen Format informiert der Bereich die Jugendverbände laufend über relevante Entwicklungen in Gesellschaft

und Politik. Er weist auf Teilnahmemöglichkeiten bei Wettbewerben, Ausschreibungen und Bundesprogrammen hin. Es bleibt weiterhin von zentraler Bedeutung, dass die Bundesgeschäftsstelle als anerkannter Ansprechpartner die Fäden zusammenführt und die wechselnden Akteure in den Vorständen der Jugendorganisationen mit- und untereinander bekannt macht.

4.3 Zeitzeugen

Die ab 2015 aufgebaute Zeitzeugendatenbank beim BdV wird weiterhin angefragt. Jährlich – so auch im Berichtszeitraum – erreichen den Verband eine hohe Anzahl von Anfragen zur Vermittlung von Zeitzeugen. Datenbankpflege und Bewerbung möglicher Zeitzeugengespräche bzw. -einsätze in den Reihen der Vertriebenenverbände und der Landsmannschaften mussten koordiniert werden. Der Umfang der Zeitzeugendatenbank beläuft sich zum Ende des Berichtszeitraums auf knapp 300 Zeitzeugen bundesweit. Ausgeschiedene Zeitzeugen konnten durch neue Aufnahmen nicht mehr vollumfänglich ausgeglichen werden, da die Zielgruppe der Zeitzeugen naturgemäß kleiner wird.

Auf der Grundlage der Zeitzeugendatenbank wurde die Vermittlung von Zeitzeugen an Schulen, Universitäten, Jugendforen, Podiumsdiskussionen, aber auch für Interviews, Radio- und Fernsehbeiträge etc. fortgesetzt. Hilfreich ist dabei die Auffindbarkeit des Projektes über die BdV-Homepage, da dort das Prozedere der Vermittlung eines Zeitzeugen knapp und übersichtlich dargestellt wird.

Das Zeitzeugenprojekt ist eine hervorragende Plattform des Erfahrungs- und Wissensaustauschs zwischen den Generationen. Es ergänzt dabei die Arbeit des Bereiches Bildungspolitik sinnvoll. Die Rückmeldungen nach erfolgreich durchgeführten Projekten mit Zeitzeugen belegen nachdrücklich, dass in der Gesellschaft ein großes Interesse daran besteht, mit Zeitzeugen ins Gespräch zu kommen. Sie werden als authentische Zeugen der deutschen Geschichte wahrgenom-



Zeitzeugen in der Bundesrepublik Deutschland.

men, gerade auch weil ihre Anzahl von Jahr zu Jahr schwindet. Ihre Aussagen und Einsätze gewinnen dadurch an Gewicht.

5. Verständigungs- und Bildungspolitik

5.1 Verständigungspolitik

Der verständigungspolitische Austausch konnte im Jahr 2024 fortgeführt und intensiviert werden. Auch die gute Zusammenarbeit mit den deutschen Volksgruppen in den östlichen Nachbarstaaten und ihren Selbstorganisationen, die Kontaktpflege, der Dialog und die starken Verbindungen in unsere Nachbarländer wurden aufrechterhalten. Durch die Digitalisierung und die stetig wachsenden Fähigkeiten aller Beteiligten im digitalen Raum sowie die entsprechende technische Ausstattung blieb der Anteil an Veranstaltungen und Gesprächsformaten auf konstant hohem Niveau.

Gerade bei Maßnahmen zur Förderung des friedlichen Miteinanders mit den Völkern Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas konnte erneut eine große Anzahl an Anträgen der Mitgliedsverbände registriert werden. Die Bundesgeschäftsstelle übernahm hierbei ihre Koordinierungsfunktion und unterstützte die Landesverbände und Landsmannschaften bei der Beantragung von Fördermitteln für die Durchführung verständigungspolitischer Maßnahmen. Gleichzeitig stimmte sie mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) die Förderung dieser Projekte im Rahmen der Maßnahmen zur Verständigungspolitik ab.

Weiterhin konnten auch im Jahr 2024 Beratungsangebote seitens der Bundesgeschäftsstelle für die Durchführung verständigungspolitischer Maßnahmen gemacht werden. Die Kontakte und Beratungsangebote konnten vorwiegend über Telefonate, aber auch per E-Mail oder Videochat durchgeführt werden. Für die Anliegen der deutschen Volksgruppen stand die Bundesgeschäftsstelle ebenfalls als Ansprechpartner zur Verfügung. Dies betraf auch Anfragen von verbandsexternen Vertriebenen, Aussiedlern, Spätaussiedlern und deren Nachkommen, die um Unterstützung und/oder Kontaktvermittlung ins In- und Ausland baten, um sich verständigungspolitisch engagieren zu können.

Der Bund der Vertriebenen hat zudem in diesem Jahr selbst eine verständigungspolitische Projektmaßnahme erfolgreich durchgeführt, sodass die Bundesgeschäftsstelle auch weitere Erfahrungen in der Veranstaltungsdurchführung sammeln konnte, die an die Mitgliedsverbände weitergegeben werden können.

Als höchstem Repräsentanten des Verbandes kommt insbesondere der ehrenamtlichen Arbeit des BdV-Präsidenten eine besondere Rolle im verständigungspolitischen Bereich zu. So hat Dr. Bernd Fabritius etwa vom 1. bis 5. August 2024 am Großen Sachsentreffen 2024 in Hermannstadt teilgenommen und hat den Dialog mit verschiedenen, teils hochrangigen Vertretern der deutschen Minderheit in Rumänien sowie der rumänischen Politik (u.a. Staatspräsident Klaus Johannis), der Wirtschaft, der evangelischen Kirche oder aus dem Kulturbereich fortgesetzt. Unter dem Motto „Heimat ohne Grenzen“ kamen beim zweiten Großen Sachsentreffen vor allem Siebenbürger Sachsen aus Rumänien, Deutschland, Österreich, der Schweiz, den USA und Kanada zusammen.

Zudem hat der Präsident die Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Ulrike Scharf MdL, auf einer Dienstreise nach Bukarest, Hermannstadt und Temeswar begleitet. Im Vordergrund des Programms standen insbesondere die Herstellung und Intensivierung der Kontakte zu Persönlichkeiten der rumänischen Politik, der Wirtschaft, der deutschen Minderheit in Rumänien, der Kirche oder aus dem Sozialbereich.

Die Bundesgeschäftsstelle fungierte weiterhin als Mittler bei Anfragen zu Kontakten, zur Organisation von Veranstaltungen und Reisen oder zur Förderung im Allgemeinen. Auch die Umsetzung von Online-Veranstaltungen konnte wieder beratend begleitet und Rückfragen zur Einrichtung und Durchführung solcher Veranstaltungen mittels Online-Videoportalen, zu erforderlicher Technik sowie zur Vermarktung im Internet beantwortet werden. Die Bundesgeschäftsstelle konnte ihre eigenen Erfahrungen in diesem Bereich weiter verbessern, sodass eine erfolgreiche Beratung der Mitgliedsverbände in den Bereichen technische Ausstattung, Soft- und Hardware sowie zur allgemeinen Durchführung angeboten werden konnte.

Erneut wurden im Jahr 2024 verständigungspolitische Begleitveranstaltungen zu den Wanderausstellungen der Stiftung **ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN** angeboten und durchgeführt (siehe Punkt „Verständigungs- und bildungspolitische Veranstaltungen“). Wenngleich einige beantragte Veranstaltungen kurzfristig abgesagt werden mussten, da es vor Ort zu technisch-organisatorischen Problemen bei der Durchführung gekommen ist, konnte ein erneut hohes Interesse an diesen Formaten registriert werden.

5.2 Bildungspolitik

Im Bereich der Bildungspolitik konnte die Bundesgeschäftsstelle verstärkte Aktivitäten verzeichnen. Neben der Beratung der Landesverbände und Landsmannschaften zu geplanten oder angedachten Maßnahmen oder zu Gewinnung von Kooperationspartnern konnten auch inhaltliche Vorschläge für Themen gemacht werden, die sich zum Beispiel an Jahrestagen orientierten. Auch hier stand die Bundesgeschäftsstelle beratend zur Verfügung, wenn es um die Durchführung von Veranstaltungen, die Umsetzung von Online-Formaten

oder die erforderlichen technischen Voraussetzungen ging. Als anerkannter Träger der Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) hat die Bundesgeschäftsstelle ihre Tätigkeit intensiviert und eine Präsenz-Veranstaltung selbst erfolgreich durchgeführt, die auf großes Interesse gestoßen ist (siehe Punkt „Verständigungs- und bildungspolitische Veranstaltungen“). Aufgrund dieser positiven Erfahrung sollen auch weiterhin bildungspolitische Veranstaltungen von hoher Qualität angeboten werden.

6. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

6.1 Allgemeines

Hohes öffentliches und Medieninteresse begleitete die Arbeit des Bundes der Vertriebenen im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auch im Jahr 2024. Dies spiegelte sich im Internet, auf den Social-Media-Kanälen des Verbandes, in der Tagespresse und z.T. auch in Rundfunk- und Fernsehkanälen wider.

Zentrale Positionen des BdV zu aktuellen Ereignissen und Themen wurden überwiegend über Pressemitteilungen und kürzere Statements kommuniziert. Die Berichterstattung über eigene Veranstaltungen, Termine oder Gespräche fand über redaktionell erstellte Presstexte statt. Die Reichweite der Veröffentlichungen, die auf unterschiedliche Reaktionen stießen, wächst Jahr für Jahr. Die Bedeutung der Internetseite, mehr aber noch der Auftritt des BdV in den sozialen Medien, gerade im Hinblick auf ein jüngeres Zielpublikum, findet zunehmend Resonanz.

Im Zusammenhang mit der Arbeit des BdV, mit zentralen Terminen bzw. angeregt von den Presseveröffentlichungen fragten Journalisten aus den unterschiedlichen Medien, zum Teil auch aus dem Ausland, zu Arbeitsfeldern und Positionen des Verbandes an und wünschten Interviews oder Hinter-

grundinformationen. In bewährter Weise wurden Informationsanfragen in enger Abstimmung mit dem Bereich Grundsatzfragen bearbeitet. Positionierungen zu den verschiedenen Themen wurden den Medien sowie der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Besondere thematische Schwerpunkte waren auch 2024 u.a. der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine und die damit verbundenen Folgen und Auswirkungen für die deutsche Minderheit sowohl in der Ukraine wie auch in Russland, aber auch Fragen, die mit der vorgezogenen Bundestagswahl und später dem Wechsel der Bundesregierung im Zusammenhang standen. Besondere Beachtung finden immer stärker auch historische Fragen, die von Schülern und Studenten an den Verband herangetragen werden.

Als ständige Themen blieben auch 2024 die Positionen des BdV zur Altersarmut bei Spätaussiedlern, zur Situation der deutschen Minderheiten in den Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas sowie in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, zur grenzüberschreitenden Arbeit des Verbandes und seiner Mitglieder insgesamt sowie zur politischen Vertretung der Verbandsthemen in der Bundes- bzw. den Landesregierungen im Fokus.

6.2 DOD – Deutscher Ostdienst

Die Zeitschrift „DOD – Deutscher Ostdienst“ blieb auch 2024 Spiegel und Forum der verständigungspolitischen Aktivitäten des Gesamtverbandes: Sie dokumentiert auf allen Ebenen – von den Kreis- und Landesverbänden, den landsmannschaftlichen Mitgliedsverbänden bis zum Bundesverband – Projekte, Initiativen und Erfolge in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Zudem liefert sie Berichte aus Museen, Gedenkstätten und wissenschaftlichen Einrichtungen mit klarem Verständigungsschwerpunkt. Zentrale Veranstaltungen und Gremiensitzungen des Bundesverbandes sowie

überregionale Termine der Mitgliedsverbände werden ausführlich vorgestellt, um Planungserfolge, zukünftige Vorhaben und die öffentliche Würdigung der geleisteten Verständigungsarbeit ins Licht zu rücken.

Die Zielgruppe bildeten auch 2024 in erster Linie Multiplikatoren und Fachleute aus Politik, Kultur und Wissenschaft: Abgeordnete des Deutschen Bundestages und in der Landtage, Ministerialverwaltungen auf Bundes- und Länderebene, die Redaktionen der Vertriebenenzeitungen ebenso wie die



Presseorgane der deutschen Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Über 100 Presseorgane in den Verbandsgliederungen drucken regelmäßig Beiträge aus dem DOD nach oder verlinken sie online, wodurch die Reichweite der verständigungspolitischen Botschaften weiter wächst. Daneben informiert die Zeitschrift Verbandsmitglieder umfassend über die im Bundesinteresse geleistete Arbeit – insbesondere in den Bereichen Verständigung und grenzüberschreitende Netzwerke – sowie die interessierte Öffentlichkeit.

Thematisch bleiben Flucht und Vertreibung, die Kultur und Geschichte der ehemaligen deutschen Ostgebiete und der Deutschen in Osteuropa, die Integration von Aussiedlern und Spätaussiedlern sowie die Lage der deutschen Minderheiten in Europa im Mittelpunkt. Hinzu kommen Fragen der aktuellen, auch weltweiten, Flüchtlingssituation, Migration und Integration, menschenrechtliche Aspekte und Berichte über die wichtigen Verbandsveranstaltungen, in denen diese Themen in Vorträgen, Podien und Workshops weiter vertieft werden. Ein fester Bestandteil jeder Ausgabe ist die Vorstellung der Landesmuseen und ihrer Ausstellungen zu den historischen Ostgebieten und den deutschen Siedlungsräumen in Osteuropa.

Im Bereich der vom Bund geförderten Projekte übernimmt der DOD auch 2024 die Berichtspflicht: Aktivitäten, die im Rahmen der Vertriebenen- und Aussiedlerarbeit gefördert werden, werden transparent dokumentiert und evaluiert. Da Leitmedien und Lokalpresse diese Fördertätigkeiten nur zögerlich aufgreifen, fungiert der DOD als zentrales Evaluationsorgan und ermöglicht dem Fördergeber eine öffentliche Bilanz der erzielten Erfolge im verständigungspolitischen Bereich.

Ein Schwerpunkt der Berichterstattung im Berichtsjahr 2024 war die Eröffnung und Besprechung der neuen Ausstellung „Stillgeschwiegen“ des **ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN**, aber auch die großen Veranstaltungen des Bundesverbandes, wie der Jahresempfang mit dem CDU-Parteivorsitzenden und CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz MdB und der Tag der Heimat mit Staatssekretärin Juliane Seifert und dem ehemaligen lettischen Staats-



präsidenten Egils Levits. Ungebrochen war auch die Nachfrage nach aktuellen Informationen aus der Ukraine. Leserinnen und Leser zeigten großes Interesse an Analysen zu Fluchtbewegungen, humanitärer Hilfe und kulturellem Erhalt unter Kriegsbedingungen. Aber auch aktuelle politische Fragen, wie die Streichung „der Deutschen“ Im Namen des „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa“ wurde thematisiert. Dass der DOD in Bundestagsdrucksachen zitiert wird (Drucksache 20/11337 vom 8. Mai 2024), zeigt, dass das Heft ungebrochene politische Aufmerksamkeit genießt.

Die Berichterstattung über zahlreiche Veranstaltungen sowie über zentrale Tagungen und Gedenkveranstaltungen der Mitgliedsverbände dokumentiert die Bandbreite der verbandlichen Arbeit und ihre politische Relevanz.

Mit der im Frühjahr 2023 umgesetzten Layout-Neugestaltung, die crossmediale Querverweise und eine zeitgemäße Optik vereint, hat sich der DOD bereits fit für das digitale Zeitalter gemacht. 2024 hat die Zeitschrift die Entwicklung fortgesetzt und wird weitere digitale Formate und Online-Ergänzungen in Zukunft anbieten, um Reichweite und Interaktivität zu steigern. Neben der inhaltlichen Qualität bleibt die fortschreitende Digitalisierung eine der großen Herausforderungen, denen sich der DOD stellt, um auch künftig als zentraler Vermittler verständigungspolitischer Inhalte wahrgenommen zu werden.

6.3 Online-Präsenz und Social Media

Die Internetseite des Verbandes unter www.bund-der-vertriebenen.de ist ebenso wie die Social-Media-Präsenz zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes geworden. Social-Media-Accounts werden bei Facebook, Instagram, X (früher Twitter) und YouTube unterhalten und fortwährend gepflegt. Auf allen Kanälen wird über wichtige verständigungspolitische und verbandspolitische Fragen informiert. Veranstaltungen des Verbandes werden teilweise online live übertragen oder sind später auf den Social-Media-Kanälen abrufbar. Auf der Startseite im Internet wird regelmäßig auf aktuelle Themen hingewiesen, über die Veranstaltungen wird umfangreich berichtet.

Insbesondere für Journalisten ist die Internetseite somit eine unverzichtbare Quelle, zugleich erfüllt die Seite auch eine wichtige Archivfunktion insbesondere zur jüngeren Geschichte des Verbandes.

Genauso wichtig ist die Social-Media-Präsenz des Verbandes, insbesondere bei Facebook. Alle Mitteilungen werden dort veröffentlicht und entfalten eine deutliche Breitenwirkung. Auch andere aktuelle Themen, die nicht in Form einer Pressemitteilung veröffentlicht werden, finden dort ihren Niederschlag. Durch die Interaktivität sozialer Netzwerke führt das zu Diskussionen und Rückfragen interessierter Bevölkerungskreise, aber auch von Journalisten.

7. Zentrale Aufgaben

7.1 Haushalt und Organisation

Wie in den Vorjahren nahm die Bundesgeschäftsstelle die Planung, Umsetzung, Aufsicht und Kontrolle der finanziellen und wirtschaftlichen Grundlagen des Gesamtverbandes wahr. Dazu gehörte u.a. die Aufstellung, Durchführung und Abrechnung des institutionellen Haushaltes sowie der Projekthaushalte innerhalb der Bundesgeschäftsstelle.

Zentrale Veranstaltungen wie z.B. Jahresempfang, Bundesausschusssitzung, Bundesversammlung, Tag der Heimat, Kranzniederlegung, Plakettenverleihungen, MBE-Arbeitsgespräche oder verständigungs- bzw. bildungspolitische Veranstaltungen fanden 2024 überwiegend in Präsenz und teilweise in hybride statt. Sitzungen des Präsidiums und MBE-Arbeitsgespräche wurden auch teilweise in

rein digitaler Form organisiert und umgesetzt.

Die Bundesgeschäftsstelle wirkt koordinierend und unterstützend in der Zusammenarbeit des Bundesverbandes und der Mitgliedsverbände mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) sowie der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung.

Auch 2024 wurden wieder zahlreiche Personen für ihre Verdienste für den Verband und dessen Anliegen geehrt und mit Silbernen und Goldenen Ehrennadeln sowie mit der Wenzel-Jaksch-Medaille ausgezeichnet.



7.2 Vertriebenen- und aussiedlerspezifische Anfragen

Im Rahmen der allgemeinen Anfragen standen die Bereiche der Renten- und Sozialgesetze im Vordergrund.

Die Altersarmut von Spätaussiedlern ist ein seit Jahren vom Bund der Vertriebenen gegenüber der Politik vertretenes, wichtiges Thema, und stellt sich gerade in den Familien, aber auch in Politik und Gesellschaft als eines der drängendsten dar. Die Nachteile für Spätaussiedler in der Rente müssen im Sinne der sozialen Gerechtigkeit ausgeglichen werden. Hierzu fordert der BdV eine Rücknahme von ungerechten Regelungen im Rentenrecht, insbesondere im Bereich des Fremdrentengesetzes, die seit den 1990er Jahren bestehen.

Im Rahmen der Umsetzung des Härtefallfonds zur Abmilderung von Härtefällen im Rentenrecht wurde die Antragsfrist um drei Monate bis zum 31. Januar 2024 verlängert. Bei der Geschäftsstelle der Stiftung des Bundes zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung, für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler gingen rund 167.000 Anträge ein. Bereits im Vorfeld dieser Regelung war aufgrund der restriktiven und willkürlichen Stichtagsregelungen für Spätaussiedler klar, dass die Ablehnungsquote überproportional im Verhältnis zu der Gruppe der jüdischen Kontingentflüchtlinge und der Ost-West-Rentenüberleitung. 54 Prozent der Anträge stammten aus der Gruppe der Spätaussiedler.

Die Mitte des Jahres veröffentlichten Statistiken zeigen eine Ablehnungsquote von 83 Prozent allein bei dieser Gruppe. Die endgültigen Zahlen werden erst nach Abschluss des kompletten Verfahrens, vermutlich Ende 2025, feststehen.

Anfragen von Spätaussiedlern betrafen u.a. die Höherstufung des Status von § 7 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) auf § 4 BVFG. Die Höherstufung wird häufig im Zusammenhang mit der Beantragung einer Rente nachgefragt. Der Status als Spätaussiedler nach § 4 BVFG gewährt den Zugang zum Fremdrechten und damit die Anerkennung der Rentenzeiten, während der Status des Ehegatten oder Abkömmlings nach § 7 BVFG keine Berücksichtigung der in den Herkunftsländern erarbeiteten Anwartschaften vorsieht. Eine Höherstufung ist nur unter sehr engen Voraussetzungen durch einen Wiederaufnahmeantrag beim Bundesverwaltungsamt (BVA) zu erreichen. Dabei gilt für die Fälle nicht die aktuelle, teilweise günstigere Gesetzeslage, sondern die zum Zeitpunkt der Übersiedlung geltende. Eine Höherstufung ist auch ausgeschlossen, wenn kein eigener Aufnahmeantrag gestellt worden ist bzw. bestandskräftig abgelehnt wurde.

Eine große Sorge umtreibt Vertriebene und Spätaussiedler, wenn sie feststellen, dass ihr Vertriebenenausweis oder ihre Spätaussiedlerbescheinigung verlorengegangen ist. Dies gilt insbesondere für die Zeit bis 2005, als die Länder über die Rechtsstellung entschieden haben. Vielerorts können Landes- oder Kommunalbehörden eine Ersatzbescheinigung nicht mehr ausstellen, weil sie von der (Rechts-) Materie wenig wissen oder die Unterlagen nicht mehr auffindbar sind. Der BdV hat deshalb im Berichtszeitraum alle Länder angeschrieben und darum gebeten mitzuteilen, wo Betroffenen sich hinwenden können, wenn Ersatzbescheinigungen für den Nachweis der Rechtsstellung gebraucht werden. Die Antworten stehen teilweise noch aus.

Im Zusammenhang mit melderechtlichen und personenstandsrechtlichen Einträgen hat die Bundesgeschäftsstelle immer wieder Anfragen von Vertriebenen und deren Nachkommen zur korrekten Eintragung des Geburtsortes beantwortet. Anfragen zur Familienforschung, wegen fehlender Personenstandsunterlagen und Erbensuchanfragen konnten zufriedenstellend bearbeitet oder an entsprechende Stellen verwiesen

7.3 Datenschutz

Eine Aufgabe der Bundesgeschäftsstelle im Berichtszeitraum blieb auch die Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Da der Bund der Vertriebenen personenbezogene Daten einer besonderen Kategorie nach Art. 9 DSGVO erhebt, speichert und verarbeitet, sind von der Bundesgeschäftsstelle besondere Anforderungen an die Datensicherheit zu beachten, die durch den Datenschutzbeauftragten zu über-

wachen sind. Das gilt auch für die Mitgliedsverbände, die eigene Datenschutzbeauftragte haben. Das für die Mitgliedsverbände bestehende Serviceangebot der Bundesgeschäftsstelle zum Datenschutz und zur Datensicherheit wurde aufrechterhalten und aktualisiert. Auf der Internetseite stehen im Mitgliederbereich erforderliche Vordrucke, Formulare und weitere Informationen abrufbar bereit.

7.4 Korruptionsprävention

Die Bundesgeschäftsstelle setzt die Richtlinie der Bundesregierung zur Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung vom 30. Juni 2004 durch entsprechende personelle und organisatorisch-administrative Maßnahmen um. Die Verhaltensstandards zur Korruptionsprävention werden für alle

Beschäftigten schriftlich verbindlich gemacht. Diese schriftliche Verpflichtung ist Bestandteil der Personalakten. Darüber hinaus werden die Beschäftigten anlässlich von Besprechungen mindestens jährlich auf die Korruptionspräventionsregeln und deren Einhaltung hingewiesen.

8. Organe und Mitglieder des Verbandes

(Stand: 31. Dezember 2024)

8.1 Präsidium

Dr. Bernd Fabritius	Präsident
Stephan Grigat	Vizepräsident
Raimund Haser MdL	Vizepräsident
Steffen Hörthler	Vizepräsident
Stephan Mayer MdB	Vizepräsident
Egon Primas	Vizepräsident
Johann Thießen	Vizepräsident
Rita Hagl-Kehl MdB	Mitglied des Präsidiums
Milan Horáček	Mitglied des Präsidiums
Siegbert Ortmann	Mitglied des Präsidiums
Stephan Rauhut	Mitglied des Präsidiums
Brunhilde Reitmeier-Zwick	Mitglied des Präsidiums
Heiko Schmelzle	Mitglied des Präsidiums
Dr. Maria Werthan	Mitglied des Präsidiums kraft Amtes
Dr. Ernst Gierlich	Kooptiert



8.2 Bundesausschuss

Der Bundesausschuss bestand aus:

1. den Mitgliedern des Präsidiums

2. den Vertretern der Landesverbände

Hartmut Liebscher	Landesverband Baden-Württemberg
Christian Knauer	Landesverband Bayern
Rüdiger Jakesch	Landesverband Berlin
Harald Heerwagen	Landesverband Brandenburg
Helmuth Gaber	Landesverband Bremen
Willibald J.C. Piesch	Landesverband Hamburg
Siegbert Ortmann	Landesverband Hessen
Editha Westmann	Landesverband Niedersachsen
Rudi Pawelka	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Tobias Meyer	Landesverband Rheinland-Pfalz
Bernhard Krastl	Landesverband Saarland
Frank Hirche	Landesverband Sachsen/Schlesische Lausitz
Elfriede Hofmann	Landesverband Sachsen-Anhalt
Fedor M. Mrozek	Landesverband Schleswig-Holstein
Egon Primas	Landesverband Thüringen

3. den Vertretern der Landsmannschaften

Peter-Dietmar Leber	Landsmannschaft der Banater Schwaben
Brigitte Bornemann	Bessarabiendeutscher Verein

Marcel Pauls	Bund der Danziger
Andreas Hansen	Deutsch-Baltische Gesellschaft
Johann Thießen	Landsmannschaft der Deutschen aus Russland
Joschi Ament	Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn
Jürgen Harich	Landsmannschaft der Donauschwaben
Brunhilde Reitmeier-Zwick	Karpatendeutsche Landsmannschaft
Klaus Plaszczek	Landsmannschaft der Oberschlesier
Dr. Bernd von Sydow	Landsmannschaft Ostbrandenburg/Neumark
Stephan Grigat	Landsmannschaft Ostpreußen
Margrit Schlegel/Adalbert Raasch	Pommersche Landsmannschaft
Thomas Erös	Landsmannschaft der Sathmarer Schwaben
Stephan Rauhut	Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien
Rainer Lehn	Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland
Bernd Posselt	Sudetendeutsche Landsmannschaft
Dr. Lothar Jakobi	Landsmannschaft Weichsel-Warthe
Prof. Dr. Erik Fischer	Westpreußische Gesellschaft

4. den Vertretern der außerordentlichen Mitgliedsverbände

Dr. Maria Werthan	Frauenverband im Bund der Vertriebenen
Dr. Ernst Gierlich	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
Dr. Christean Wagner	Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN

8.3 Bundesversammlung

Die Bundesversammlung besteht laut Satzung aus den Mitgliedern des Präsidiums sowie Beauftragten der Mitgliedsverbände, die von diesen benannt werden. Sie hat eine wechselnde Zusammensetzung.



Als höchstes Beschlussorgan des Bundes der Vertriebenen tagte die Bundesversammlung im Kirchensaal des Dietrich-Bonhoeffer-Hauses in Berlin.

8.4 Kontaktdaten der Landesverbände

(Stand: Redaktionsschluss)

Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Landesvorsitzender: Hartmut Liebscher
Schloßstraße 92/III, 70176 Stuttgart
Tel.: 0711/625277, Fax: 0711/610162
Internet: www.bdv-bw.de
E-Mail: zentrale@bdv-bw.de

Landesverband Bayern e.V.

Landesvorsitzender: Dr. h.c. Christian Knauer
Am Lilienberg 5, 81669 München
Tel.: 089/481447, Fax: 089/482621
Internet: www.bdv-bayern.de
E-Mail: info@bdv-bayern.de

Berliner Landesverband der Vertriebenen e.V.

Landesvorsitzender: Staatssekretär a.D.
Rüdiger Jakesch
Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin
Tel.: 030/2547343, Fax: 030/2547344
Internet: www.bdv-blb.de
E-Mail: info@bdv-blb.de

Landesverband Bremen e.V.

Landesvorsitzende: Helmuth Gaber
Erbrichterweg 7 a, 28357 Bremen
Tel.: 0421/6393515
E-Mail: helmuth_gaber@web.de

Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e.V.

Landesvorsitzender: Hartmut Klingbeutel
Teilfeld 8, 20459 Hamburg
Tel. und Fax: 040/346359
Internet: www.lvd-hh.de
E-Mail: haus_heimat@web.de

Landesverband Hessen e.V.

Landesvorsitzender: Siegbert Ortmann
Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden
Tel.: 0611/36019-0, Fax: 0611/36019-22
Internet: www.bund-der-vertriebenen-hessen.de
E-Mail: buero@bdv-hessen.de

Landesverband Niedersachsen e.V.

Landesvorsitzender: Heiko Schmelzle
Königsworther Straße 2, 30167 Hannover
Tel.: 0511/470661-0, Fax: 0511/470661-3
Internet: www.bdv-ni.de
E-Mail: info@bdv-ni.de

Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Landesvorsitzender: Rudi Pawelka
Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf
Tel.: 0211/350361, Fax: 0211/369676
E-Mail: bdv-nrw@gmx.de

Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Landesvorsitzender: Tobias Meyer
Im Tiefenthal 12, 67454 Haßloch
Tel.: 0177/7749591
Internet: www.bdv-rheinland-pfalz.de
E-Mail: t.meyer@bdv-rheinland-pfalz.de

Landesverband Saar e.V.

Landesvorsitzender: Bernhard Krastl
Brünesholzstraße 9, 66459 Kirkel
Tel.: 06841/89461, Fax: 06841/890115
E-Mail: bernhard.krastl@t-online.de

Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen/Schlesische Lausitz e.V.

Landesvorsitzender: Frank Hirche
Werminghoffstraße 11, 02977 Hoyerswerda/
OT Knappenrode
Tel.: 03571/605187
Internet: www.vertriebene-in-sachsen.de
E-Mail: c.florian-lvs@t-online.de

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Landesvorsitzende: Elfriede Hofmann
Straße der Jugend 115, 39218 Schönebeck/Elbe
Tel. und Fax: 03928/421344
Internet: www.bdv-lsa.info
E-Mail: bdv-lsa-sbk@gmx.de

Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Landesvorsitzender: Fedor M. Mrozek
Heidberg 12 A, 25813 Husum
Tel.: 04841/720777
E-Mail: brigitte-kinzel7@gmx.de

Bund der Heimatvertriebenen e.V. Landesverband Thüringen

Landesvorsitzender: Egon Primas
Löberwallgraben 1, 99096 Erfurt
Tel.: 0361/6607230, Fax: 0361/6606092
Internet: www.bdv-thueringen.de
E-Mail: bdv@bdv-thueringen.de

8.5 Kontaktdaten der Landsmannschaften

(Stand: Redaktionsschluss)

Landsmannschaft der Banater Schwaben e.V.

Bundesvorsitzender: Peter-Dietmar Leber
 Karwendelstraße 32, 81369 München
 Tel.: 089/2355730, Fax: 089/23557310
 Internet: www.banater-schwaben.de
 E-Mail: landsmannschaft@banater-schwaben.de

Bessarabiendeutscher Verein e.V.

Vorsitzender: Brigitte Bornemann
 Florianstraße 17, 70188 Stuttgart
 Tel.: 0711/4400770, Fax: 0711/4400720
 Internet: www.bessarabien.de
 E-Mail: verein@bessarabien.de

Bund der Danziger e.V.

Bundesvorsitzende: Marcel Pauls
 Fleischhauerstraße 37, 23552 Lübeck
 Tel.: 0451/77303, Fax: 0451/75617
 Internet: www.danziger.info
 E-Mail: post@danziger.info

Deutsch-Baltische Gesellschaft e.V.

Bundesvorsitzender: Andreas Hansen
 Herdweg 79, 64285 Darmstadt
 Tel.: 06151/43457, Fax: 06151/48302
 Internet: www.deutsch-balten.de
 E-Mail: info@deutsch-balten.de

Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.

Bundesvorsitzender: Johann Thießen
 Raitelsbergstraße 49, 70188 Stuttgart
 Tel.: 0711/166590, Fax: 0711/2864413
 Internet: www.lmdr.de
 E-Mail: kontakt@lmdr.de

Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn e.V.

Bundesvorsitzender: Joschi Ament
 August-Karolus-Str. 8 b, 74889 Sinsheim
 Tel.: 07261/17667
 Internet: www.ldu-online.de
 E-Mail: j.ament@ldu-online.de

Landsmannschaft der Donauschwaben e.V.

Bundesvorsitzender: Jürgen Harich
 Ravensburger Str. 91, 89079 Ulm
 Tel.: 0731/43618, Fax: 0731/483155
 Internet: www.haus-donauschwaben.de
 E-Mail: info@haus-donauschwaben.de

Karpatendeutsche Landsmannschaft Slowakei e.V.

Bundesvorsitzende: Brunhilde Reitmeier-Zwick
 Schloßstraße 92/II, 70176 Stuttgart
 Tel.: 0711/626262, Fax: 0711/6201437
 Internet: www.karpatendeutsche.de
 E-Mail: Landsmannschaft@Karpatenpost.de

Landsmannschaft der Oberschlesier e.V.

Bundesvorsitzender: Klaus Plaszczek
 Bahnhofstraße 71, 40883 Ratingen
 Tel.: 02102/68033, Fax: 02102/66558
 Internet: www.oberschlesien.de
 E-Mail: bundesverband@oberschlesien.de

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Sprecher: Stephan Grigat
 Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
 Tel.: 040/4140080, Fax: 040/41400848
 Internet: www.Ostpreussen.de
 E-Mail: presse@ostpreussen.de

Pommersche Landsmannschaft e.V.

Sprecherin: Margrit Schlegel
 Sprecher: Adalbert Raasch
 c/o Margrit Schlegel
 Postfach 130268, 45446 Mülheim an der Ruhr
 Tel.: 0208/485950
 Internet: www.pommersche-landsmannschaft.de
 E-Mail: ma.schlegel@gmx.de

Landsmannschaft der Sathmarer Schwaben e.V.

Bundesvorsitzender: Thomas Erös
 Mühlbaurstr. 14, 81677 München
 Tel.: 0151/15011861
 E-Mail: TomMuc81677@gmx.de

Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V.

Bundesvorsitzender: Stephan Rauhut
 Dollendorfer Straße 412, 53639 Königswinter
 Tel.: 02244/92590, Fax: 02244/9259290
 Internet: www.schlesien-lm.de
 E-Mail: landsmannschaft@schlesien-lm.de

Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland e.V.

Bundesvorsitzender: Rainer Lehni
 Karlstraße 100, 80335 München
 Tel.: 089/23660911, Fax: 089/23660915
 Internet: www.siebenbuerger.de
 E-Mail: info@siebenbuerger.de

**Sudetendeutsche Landsmannschaft,
Bundesverband e.V.**

Sprecher und Bundesvorsitzender: Bernd Posselt
Hochstraße 8, 81669 München
Tel.: 089/48000340, Fax: 089/48000344
Internet: www.sudeten.de
E-Mail: info@sudeten.de

**Landsmannschaft Weichsel-Warthe
Bundesverband e.V.**

Bundessprecher: Dr. Lothar Jakobi
Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden
Tel.: 0611/379787
E-Mail: lww@gmx.de

Westpreußische Gesellschaft e.V.

Bundesvorsitzender: Prof. Dr. Erik Fischer
Mühlendamm 1, 48167 Münster-Wolbeck
Tel.: 02506/305750, Fax: 02506/305761
Internet: www.westpreussen-online.de
E-Mail: info@westpreussische-gesellschaft.de

8.6 Außerordentliche Mitgliedsverbände

(Stand: Redaktionsschluss)

Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V.

Präsidentin: Hiltrud Leber
Hopfenweg 24
85296 Rohrbach
Tel.: 08442/953822
Internet: www.frauenverband-bdv.de
E-Mail: hiltrud.leber@gmail.com

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Vorsitzender: Dr. Ernst Gierlich
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Tel.: 0228/915120
Internet: www.kulturstiftung.org
E-Mail: kulturstiftung@t-online.de

Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN

Vorsitzender: Dr. Christean Wagner
Sitz: Friedrichstraße 35/V, 65185 Wiesbaden

Organisationsbüro:
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Tel.: 0228/81007-36, Fax: 0228/81007-52
Internet: www.z-g-v.de
E-Mail: info@z-g-v.de

9. Impressum

Herausgeber und Verlag:
BdV – Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: 0228 81007-0
Telefax: 0228 81007-50/52
E-Mail: info@bdvbund.de
Internet: www.bund-der-vertriebenen.de

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

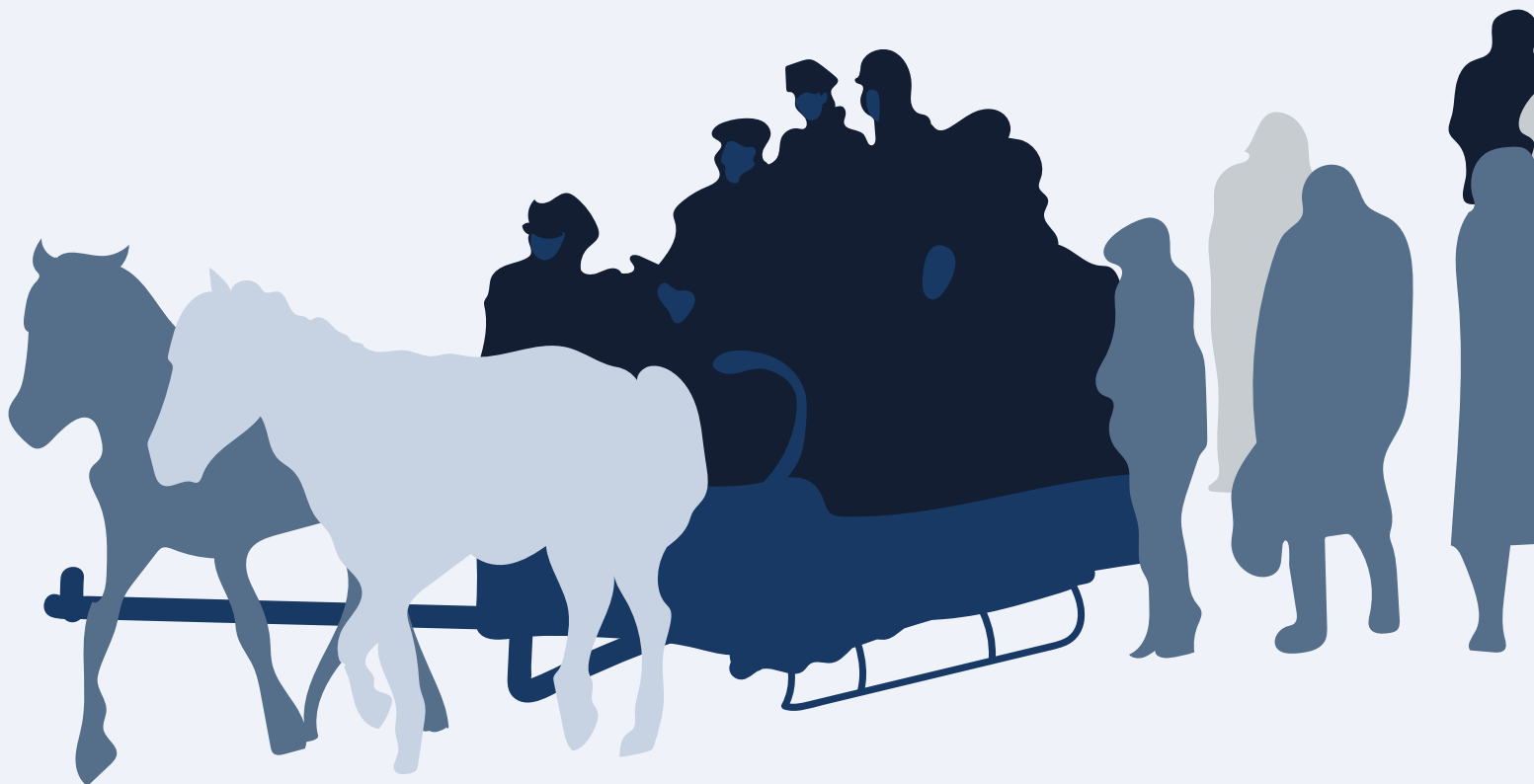
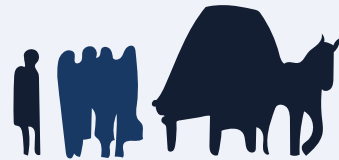
Die Arbeit des „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.“ wird vom Bundesministerium des Innern und für Heimat gefördert aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bonn, 14. Juni 2024

BdV



Bund der
Vertriebenen



Auszug aus dem rechnerischen Verwendungsnachweis für das Haushaltsjahr 2024

Hinweis: Der BdV ist institutioneller Zuwendungsempfänger des Bundes und als eingetragener Verein gemäß seiner Satzung gemeinnützig und mildtätig im Sinne der Abgabenordnung (AO).

Einnahmen 2024 (IST) (in 1.000 EUR)

Verwaltungseinnahmen	111
Institutionelle Förderung	1.097
Projekt-Einnahmen	2.436
Gesamteinnahmen	3.644

Ausgaben 2024 (IST) (in 1.000 EUR)

Personalausgaben	844
Sächliche Verwaltungsausgaben	332
Investitionen	0
Projekt-Ausgaben	2.436
Gesamtausgaben	3.612

Überschuss	32
-------------------	-----------

Hinweis: Der Überschuss wurde entsprechend der haushaltsrechtlichen Bestimmungen nach Rücksprache mit dem Fördergeber ins Folgejahr übertragen und auf die institutionelle Förderung angerechnet.